

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e.V.

Nr. 23

Berlin, den 1. Dezember 1935

19. Jahrgang

## Kampf um Memel

Die Entwicklung im Memelgebiet verläuft, seitdem am 4. November der Kriegszustand aufgehoben wurde, normal. Die litauische Länche verläßt. Das deutsche Gesicht des Landes wird, von den entstellenden Zügen der litauischen Gewaltherrschaft befreit, wieder sichtbar. Die Deutschen haben das Gesetz des Handelns an sich genommen. In strenger Disziplin folgen sie den sich im Rahmen des geltenden Rechtes haltenden Anweisungen ihrer politischen Führung. Allerdings: an ihrem einmütigen Willen, mit dem deutschen Mutterlande in enger Verbindung zu stehen, lassen sie nicht den geringsten Zweifel aufkommen. Jögernd und widerwillig finden sich die Repräsentanten des Großlitauertums mit der schrittweisen Wiederherstellung geordneter Zustände ab. Sie sind sich darüber im Klaren, daß jeder Versuch einer Rückkehr zu den Gewaltmaßnahmen der letzten 12 Jahre angesichts der entschlossenen Haltung der Memelländer und nach den Ereignissen, die sich im März und Oktober d. J. in Europa abgespielt haben, von vornherein aussichtslos ist.

Das Direktorium des Memelgebietes hat die Freilassung sämtlicher vom Kriegskommandanten verurteilten Memelländer gefordert; sie ist zugesagt worden. Die deutschen Mitglieder der Memeler Stadtverordnetenversammlung und der Kreistage haben es abgelehnt, die Wahlmänner für die Wahl des litauischen Staatspräsidenten zu wählen; die Litauer haben sich damit abfinden müssen. Dr. Neumann und die übrigen im Kauener Kriegesgerichtsprozeß von 1935 verurteilten Memelländer haben die Wiederherstellung ihrer bürgerlichen Ehrenrechte, die man ihnen auch nach der Entlassung aus dem Zuchthaus noch vorenthalten hatte, verlangt; der Staatspräsident hat am 11. November diesem Verlangen entsprochen. In der Stadt Memel ist das im Jahre 1923 gestürzte Borussia-Denkmal auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wieder aufgebaut worden. Bei der memelländischen Landespolizei ist der Deutsche Gruß eingeführt worden. Das Direktorium hat in kategorischer Form die restlose Beseitigung der litauischen Staats Sicherheitspolizei aus dem Memelgebiete gefordert. Es hat weiter unter Berufung auf Artikel 5 Ziffer 9 des Memelstatuts, demzufolge die Kriminalgesetzgebung zur Zuständigkeit der Organe der autonomen Regierung des Memelgebietes gehört, die Beseitigung des Staatschutzgesetzes vom 30. Juni 1934, das trotz der Aufhebung des Kriegszustandes immer noch in Kraft ist, verlangt. Ebenso hat es gefordert, daß gemäß den Vorschriften des Memelstatuts das Recht der Film- und Pressezensur, sowie das Recht der Aufenthaltsregelung für Ausländer im Memelgebiet in die Hände der autonomen Behörden zurückgelegt wird. Uff.

Das vom Gouverneur insgesamt fünfmal vetierte Gesetz zur Regelung des Arbeitsmarktes und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist mit Zustimmung des Landesverwaltungsgerichts als „Polizeiverordnung zur Sicherung und Erhaltung des Arbeitsfriedens im Memelgebiet“ in Kraft gesetzt worden. Damit ist eines jener vom Landtag beschlossenen Gesetze, durch die der sozial und wirtschaftlich schädliche Massen-zug unermünder Elemente aus Großlitauen eingeschränkt werden sollte, endlich wirksam geworden. Die Polizeiverordnung bestimmt in § 1, daß im Memelgebiet fortan nur solche Arbeitnehmer in ein Arbeitsverhältnis eingestellt werden dürfen, die eine Arbeits-genehmigung vom Arbeitsamt desjenigen Kommunalverbandes besitzen, in

dessen Bezirk die Arbeitsstelle liegt, und in § 2, daß die Arbeitsgenehmigung nur dann zu erteilen ist, wenn der Arbeitnehmer nachweist, daß er im Bezirk des Arbeitsamtes mindestens seit dem 1. Januar 1937 seinen ständigen Wohnsitz hat. Es ist damit zu rechnen, daß das Direktorium weitere Maßnahmen zum Schutze der memelländischen Wirtschaft und Kultur ergreifen und auch noch andere vom Gouverneur vetierte Gesetze im Verordnungswege in Kraft setzen wird. Es ist interessant, zu beobachten, daß ein Teil jener Kreise, die unter dem Schutze der litauischen Herrschaft aus dem Osten in das Memelland eingerückt sind, seine Sache in diesem deutschen Lande schon verloren gegeben und den Rückzug nach Osten angetreten hat. Das sind die Juden. Seit der Aufhebung des Kriegszustandes haben über 2 000 Juden das Memelgebiet verlassen. Zahlreiche jüdische Geschäfte sind seitdem in nichtjüdische Hände übergegangen.

Im Memeldeutschen Kulturverband ist die kulturelle Einheitsorganisation aller Deutschen des Gebietes entstanden. Der Verband hat es innerhalb weniger Wochen auf etwa 50 000 Mitglieder (bei einer Gesamteinwohnerzahl des Memelgebietes von etwa 180 000 Seelen) gebracht. Er ist ein Zusammenschluß aller derjenigen Memelländer, die sich zum deutschen Geist und zum deutschen Kulturkreis bekennen. Der Verband hat einen uniformierten Ordnungsdienst aufgestellt. Als Abzeichen hat er die grüne Wolfsangel in weißem Kreis auf rotem Grund eingeführt. Der Gründer und Leiter des Verbandes ist Dr. Ernst Neumann, der, erst im Februar d. J. aus dem Zuchthaus entlassen, sich auch als politischer Führer der Memeldeutschen durchgesetzt hat. Sein Name steht an erster Stelle auf der Memeldeutschen Liste, mit der die Deutschen des Gebietes als geschlossene Einheit sich zum Wahlkampf stellen. Der einen deutschen stehen vier litauische Listen gegenüber, die teils parteipolitisch, teils berufsständisch eingestellt sind; darunter bezeichnenbenweise eine Liste der kommunistisch orientierten großlitauischen Arbeiterschaft, während die ehemals kommunistisch gesinnten deutschen Arbeiter längst in die Einheitsfront der deutschen Volksgemeinschaft eingerückt sind. Bei zwei der litauischen Listen hat sich die Wahlkreiskommission, veranlaßt gesehen, vier der vorgeschlagenen Kandidaten zu streichen; es hat sich bei diesem wegen ehrenrühriger Verbrechen vorbestrafte Personen gehandelt. Diszipliniert und des Sieges sicher gehen die Memeldeutschen den am 11. Dezember stattfindenden Wahlen entgegen. Sie wissen, daß es diesmal um mehr geht, als nur um die Wahl eines Landtags, der nach dem Ablauf der vorgeschriebenen Zeit durch einen neuen abgelöst wird. Diese Wahlen werden von den Memeldeutschen als ein Volksentscheid gewertet, der für das künftige Schicksal des Memelgebietes von weitreichender Bedeutung sein kann.

„Heute bietet man uns Verhandlungen an“, hat der Vertreter Dr. Neumanns, Bertuleit, in einer Kundgebung der memeldeutschen Arbeiterschaft am 27. November gesagt, „die Voraussetzung für Verhandlungen ist die Ehrlichkeit des Verhandlungspartners. Wir glauben heute nicht mehr, daß der litauische Staat es mit uns ehrlich meint. Nach 15 Jahren fortdauernden Betrug es glauben wir nicht mehr an leere Versprechungen. . . In diesen Tagen hatte ich Gelegenheit, mit verschiedenen Persönlichkeiten über unsere Wünsche zu sprechen. Ich wies auf die Anormalitäten in unserem Gebiet hin und sagte, daß es an der Zeit sei, diese Uebelstände abzustellen, sonst könnte eines Tages doch der Ruf ‚Heim ins Reich!‘ Wirklichkeit werden. Nachdem man die memeldeutschen Beschwerden gehört hatte, wurde an mich die Frage gestellt, ob das alles wäre und ob wir damit zufrieden sein würden, wenn man das Autonomiestatut in allen Punkten durchführen würde. Ich habe darauf, ohne zu zögern, geantwortet: Nein, das genügt uns heute nicht mehr! Das Selbstbestimmungsrecht, das damals für alle Völker proklamiert wurde, galt immer nur für die anderen. Man hat das Memelgebiet gegen seinen Willen vom Mutterlande abgetrennt und zur Beruhigung des eigenen Gewissens das Statut geschaffen. Man hat uns nicht gefragt, ob wir mit dem Statut zufrieden sind. Die vergangenen 15 Jahre haben uns die Augen geöffnet. Wenn man jetzt sagt: Jetzt werden wir das Statut erfüllen, so antworten wir: Wir glauben es euch nicht. Ihr werdet uns schon etwas mehr geben müssen als das Statut!“

Während sich die litauischen Behörden im Memelgebiet gegenüber dem Umschwung, der sich in den letzten Wochen vollzogen hat und organisch weiter vollzieht, ziemlich passiv verhalten, versuchen politisch verhehrte Elemente aus den Reihen der in den letzten Jahren in das Memelgebiet eingewanderten

Großlitauer, die um ihre bevorzugte Rechtsstellung gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung des Gebietes fürchten, durch blutige Terrorakte und feige Ueberfälle die Entwicklung zu fördern. Derartige Ueberfälle haben sich z. B. am 16. November in Olschken, am 21. November in Glemmenhof, am 22., 23., 26. und 28. November in Memel ereignet. Die Opfer sind zumeist deutsche Schulfinder gewesen, die bei den Ueberfällen z. T. mehr oder weniger schwer durch Schläge, Messerstücke oder Revolverkugeln verletzt worden sind. In der Stadt Memel haben sich die Ueberfälle zeitweise derart gehäuft, daß der Ordnerdienst des Memel-deutschen Kulturverbandes sich veranlaßt gesehen hat, einen Streifendienst zu organisieren, und daß von den litauischen Militärbehörden, um schwereren Unruhen vorzubeugen, die Entwaffnung der seinerzeit vom Kriegskommandanten mit Stich- und Schußwaffen ausgerüsteten litauischen Jugendverbände verfügt worden ist.\*). Mit anderen Mitteln als diese verheßten Elemente, die vor allem in den Reihen der litauischen Arbeiterorganisationen und des Schaulistenverbandes zu suchen sind, glauben die besonnenen Kreise des litauischen Lagers im Memelgebiet den Gang der Entwicklung aufhalten zu können. Sehr lehrreich ist in dieser Hinsicht ein Beschluß, der am 5. November in einer Sitzung des „Zentralkomitees der litauischen Organisationen im Memelgebiet“ gefaßt und in dem vor allem eine bevorzugte Berücksichtigung der einheimischen, nicht-zugewanderten Memelländer bei der Besetzung der staatlichen Behörden, die im Memelgebiet ihren Sitz haben, die ausschließliche Besetzung des Gouvernements (einschließlich des Gouverneurspostens) mit Memelländern und die Ausschaltung der zugewanderten Großlitauer aus der Führung sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen des Memelgebietes verlangt worden ist. Diese Forderungen sind vom Zentralkomitee durch eine besondere Delegation dem Staatspräsidenten Smetona vorgelegt worden, der, wie es heißt, nach anfänglicher glatter Ablehnung, die enttäuschte Delegation mit einer bedingten Zusage nach Hause geschickt haben soll.

In den Kreisen der litauischen Regierung steht man den memelländischen Dingen ziemlich ratlos gegenüber. Man scheint es dort im Augenblick nicht für ratsam zu halten, in der memelländischen Angelegenheit grundsätzliche Entschlüsse zu fassen. Man läßt die Dinge im Memelgebiet selbst also zunächst einmal treiben. Zugleich aber versucht man, an anderer Stelle wieder etwas Boden unter die Füße zu bekommen. Diese andere Stelle ist das Verhältnis zu Polen. Der Ausbau der Beziehungen zu diesem Nachbarn hatte, nachdem er durch das polnische Ultimatum vom 17. März d. J. in Fluß gebracht worden war, wohl zur Unterzeichnung einiger Abkommen über den Floßerei-, Post-, Eisenbahnverkehr usw. geführt, war dann aber bald an der Frage eines polnisch-litauischen Handelsvertrages wieder ins Stocken geraten. Litauen hatte es nicht allzu eilig, und Polen war zu stark durch die tschecho-slowakischen Ereignisse in Anspruch genommen. Jetzt, zu gleicher Zeit mit dem Umschwung im Memelgebiet, setzt Litauen die Annäherungspolitik gegenüber Polen, auf die es sich seinerzeit nur unter starkem direkten Druck eingelassen hatte, aus eigenem Antrieb fort. Es hat sich zu Zugeständnissen bereit gefunden, über die es vor einiger Zeit auch nur zu diskutieren abgelehnt hat. Am 22. November ist eine litauisch-polnische Erklärung über die Befriedung der öffentlichen Meinungsbildung veröffentlicht worden, derzufolge alle in der Presse, im Rundfunk oder durch andere Mittel verbreiteten Nachrichten des einen Staates über die Ereignisse und Lebensinteressen des anderen Staates vom Geiste der Objektivität getragen werden und keine unfreundlichen Tendenzen aufweisen sollen. In der Erklärung haben die beiden Regierungen weiter gesagt, daß sie die notwendigen Bemühungen unternehmen werden, um in beiden Staaten eine Atmosphäre des gegenseitigen Wohlwollens und Vertrauens zu unterstügen, die geeignet ist, jene Fragen zu beschleunigen, die beide Staaten interessieren. Am 28. November sind die vor einigen Monaten abgebrochenen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen worden. Das psychologisch bezeichnendste Moment der neuen Etappe der litauisch-polnischen Beziehungen aber ist folgendes: Am 25. November ist auf Anordnung des litauischen Innenministers der Verband zur Befreiung Wilnas aufgelöst worden. Damit verschwindet aus dem politischen Leben Litauens eine Organisation, die mehr als ein Jahrzehnt hindurch die Einstellung der litauischen Öffentlichkeit gegenüber Polen

\*). Dr. Reumann hat in einer Ansprache vor den Vertrauensleuten der Memeldeutschen Liste und des Kulturverbandes die Entschlossenheit der Deutschen gegenüber solchen Gewalttaten zu lastfälliger Gegenwehr zu zeigen, in unmissverständlichen Worten betont: „Wir werden niemanden provozieren. Wir werden der Provokation ausweichen, soweit sich das mit unseren Selbstverpflichtungen und unseren Selbstpflichten verträgt. Aber so mit einem Kumben leben, der nicht als Schulfinder und Wächter mißhandelt, weil ich mich mit dem Deutschen Straß grüßen, da blaut dem keine Anochen ein, daß ihm keine Kanbesforden nicht mehr aufgehen.“

maßgebend beeinflusst und sich stets in Übereinstimmung mit den Anschauungen der regierenden Kreise befunden hat. Man muß die Auflösung dieses Verbandes, in der der Verzicht auf Wilna zum Ausdruck zu kommen scheint, als die moralisch Kapitulation Litauens vor Polen bezeichnen. Ihr steht als Gegenleistung auf polnischer Seite die etwas verspätete Erkenntnis gegenüber, daß die Litauer ein Recht darauf haben, als eigenes Volkstum gewertet zu werden, und daß es falsch ist, in ihnen so etwas wie vorübergehend verhinderte Polen zu sehen.

Der Zusammenhang der litauischen Nachgiebigkeit gegenüber Polen mit der Entwicklung im Memelgebiet liegt auf der Hand. Nach dem Ausfall der Sowjetunion und angesichts der erwiesenen Unlust oder auch Unfähigkeit der Westmächte, das Risiko einer politischen Intervention im östlichen Mitteleuropa auf sich zu nehmen, scheint die litauische Regierung in dem Spiel um Memel die polnische Karte, die letzte, die ihr geblieben ist, auszuspielen zu wollen. Jedenfalls läßt sich ein anderer zwingender Grund, der die litauische Regierung zu dieser auffälligen Beschleunigung des Tempos ihrer Annäherung an Polen veranlaßt hat, nicht erkennen. Um falschen Hoffnungen vorzubeugen, erscheint es angebracht, folgendes festzustellen: Durch Polen wird die Normalisierung der Memelfrage von der Bahn, auf der sie sich gegenwärtig befindet, nicht abgedrängt werden. Die Memelfrage wird auch nicht mit irgendwelchen, von dritter Seite etwa erwogenen Plänen, die die Gesamtlage Litauens berühren, in Verbindung gebracht werden können. Die Souveränitätsrechte Litauens über das Memelgebiet sind nicht unwiderruflich. Der Wille der alleingewesenen Bevölkerung des Memelgebietes muß als der allein über das Schicksal dieses Gebietes bestimmende Faktor anerkannt werden. Das heißt: das Memelgebiet muß von litauischer Seite als ein seinem Volkstum nach deutsches Gebiet anerkannt werden. Die Tätigkeit des Litauischen Westverbandes, der die Litauisierung des Memelgebietes erstrebt und darüber hinaus litauische Ansprüche auf heute reichsdeutsche Gebietsteile geltend zu machen versucht, muß ebenso wie es mit dem Verband zur Befreiung Wilnas geschehen ist, eingestellt werden. Die litauische Regierung muß anerkennen, daß die Interessen, die Litauen im Memelgebiet zu vertreten hat, nicht volkspolitischer, sondern (in bezug auf den Memeler Hafen) ausschließlich verkehrspolitischer Natur sind. Die Memelfrage muß so geordnet werden, daß von ihr keine Störung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Litauen mehr ausgehen kann und daß sie nicht mehr von dritter Seite dazu ausgenutzt werden kann, Litauen zu einer Politik zu veranlassen, die nicht seinen Interessen entspricht.

---

Die Deutsche Regierung und die Tschecho-slowakische Regierung, von dem Wunsche geleitet, im Deutschen Reich und besonders in den sudetendeutschen Gebieten bzw. in dem Gesamtstaat der Tschecho-Slowakei und in dessen einzelnen Ländern die Lage der beiderseitigen Volksgruppen im Geiste einer verständnisvollen Zusammenarbeit zu regeln, erklären folgendes:

1. Die beiden Regierungen sind gewillt, über die Fragen, die die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung des Volkstums der oben genannten Volksgruppen betreffen, sich fortlaufend zu verständigen.

2. Es wird ein ständiger deutsch-tschecho-slowakischer Regierungsausschuß gebildet, der grundsätzliche und Einzelfragen aller Art, die sich auf das Volkstum der oben genannten Volksgruppen und ihrer Angehörigen beziehen, im Verhandlungswege zu regeln hat.

3. Dieser Regierungsausschuß besteht aus vier ständigen Mitgliedern, nämlich je einem Vertreter des Deutschen und des tschecho-slowakischen Außenministeriums und aus je einem Vertreter des deutschen Reichsministeriums des Innern und des tschecho-slowakischen Innenministeriums in Prag. Erforderlichenfalls wird sich der Regierungsausschuß durch eine beiderseits gleiche Zahl von Vertretern aller Ressorts ergänzen, sowie Vertreter der oben genannten Volksgruppen und Sachverständige zuziehen.

4. Der Regierungsausschuß hält seine Sitzungen unter wechselndem Vorsitz abwechselnd in beiden Staaten ab.

5. Falls in dem Regierungsausschuß keine Einigung erzielt wird, bleiben unmittelbare Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vorbehalten.

# Polen gegen den Wiener Schiedspruch

Die polnische Politik ist in der karpathenukrainischen Frage weiterhin aktiv geblieben. Sie hat ihre Versuche, Ungarn zur Okkupation der Karpathenukraine aufzufächeln, und ihre Bemühungen, Rumänien für den von ihr verfolgten Plan einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn zu gewinnen, fortgesetzt. Ihre Bestrebungen sind dahin gegangen, Polen, Ungarn und Rumänien zu einem gegen die Karpathenukraine gerichteten Block zusammenzuführen. Hierüber hat es im „Austromagyar Kurjer Godzienny“ vor kurzem geheißen: „Alle Staaten, die durch eine künstliche politische Bewegung wie die ukrainische bedroht sind, sollten nach gegenseitiger Verständigung streben, um dem Umstürzlercum einen Damm entgegenzusetzen. Polen erkennt das Recht der ruthenischen Bevölkerung auf ein eigenes nationales Leben im Rahmen des polnischen Staates an. Aber es kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die innere politische Bewegung die Grenzen des Staates bedroht. Auf dem gleichen Standpunkt sollten Rumänien und Ungarn stehen, das in Kürze den Rest der Karpathenukraine erhalten kann. Die Verständigung dieser drei Staaten kann einen starken Damm gegen eine weitere Ausbreitung des Ukrainertums bilden“.

Mit einer Flut von Gerüchten hat die polnische Presse in den letzten Wochen gegen die Karpathenukraine Stimmung gemacht. Täglich ist da von blutigen Unruhen, von Hungerrevollen, von Massenmordeleien usw. die Rede gewesen. Bemerkenswerterweise hat sich auch das Organ des polnischen Außenministers, die „Gazeta Polska“ an der Kolportierung dieser Gerüchte beteiligt. Es lohnt sich nicht, sich mit all' den Schauer-märchen, die da täglich aufgetischt worden sind, auseinanderzusetzen. Es genügt die Feststellung, daß ausländische Berichterstatter, die die in der Karpathenukraine zur Zeit herrschenden Zustände aus eigener Anschauung kennen, weder Unruhen noch Meutereien beobachtet, sondern im Gegenteil das ernste Bemühen der karpathenukrainischen Regierung festgestellt haben, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich mit der Umgestaltung der politischen Verhältnisse naturnotwendig eingestellt haben.

Mit seiner Haltung in der karpathenukrainischen Frage hat sich Polen als ein Wegner des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bekannt. Es hat sich damit jenem Ordnungsprinzip entgegengestellt, durch dessen Anwendung es soeben erst gelungen ist, einen europäischen Krieg zu vermeiden. Uebrigens hat Polen geglaubt, verschiedene Bundesgenossen seiner gegen die Karpathenukraine gerichteten Bestrebungen gefunden zu haben. So hat es natürlich vor allem auf Ungarn gehofft. Dort gibt es ja tatsächlich Kreise, die den Wiener Schiedspruch als einen Verstoß gegen die Idee der Stefanskrone bekämpfen und die die Grenzen ihres Staates (nicht bloß nach Norden!) über die äußersten Ränder des madjarischen Volksbodens hinaus vorzutragen gedenken. In diesen Kreisen scheint es sehr schnell in Vergessenheit geraten zu sein, daß ohne die Unterstützung des Deutschen Reiches Ungarn von der Tscheko-Slowakei auch nicht ein einziges Dorf zurückhalten hätte! Gewisse Hoffnungen hat Polen in der karpathenukrainischen Frage auch auf die Westmächte setzen zu dürfen geglaubt, vor allem auf England, dessen Einfluß auf das in dieser Frage den polnischen Absicht widerstrebende Rumänien in Polen recht hoch eingeschätzt worden ist<sup>1)</sup>. Schließlich hat man in Polen auch auf Grund einiger italienischer Pressestimmen beobachten wollen, daß in der Frage der Nordgrenze Ungarns Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Italien aufgetaucht sind.

Polen hat es weiterhin abgelehnt, den Wiener Schiedspruch als endgültig anzuerkennen. Ja, noch mehr: Es ist in Polen ganz offen die Forderung nach einer militärischen Besetzung der Karpathenukraine durch polnische Truppen aufgestellt worden, so auf einer Kundgebung des „Pressekomitees für den Kampf für die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze“ in Warschau. Und tatsächlich hat

<sup>1)</sup> Zwar nicht als eine amtliche Stellungnahme, aber immerhin doch als ein Ausdruck der polnischen Bestimmung gegenüber Rumänien ist ein in der Wochenzeitschrift „Westnucous Politi“ erschienenen Artikel zu werten, dessen Verweise sich einer bemerkenswerten maßigen Sprache bedient: „... Die seit den Zeiten Alexander Stets vererbtliche Wallachei bleibt ihren 13-maligen Traditionen treu bis ins Letzte. ... Sie fürchtet, daß mit dem Anmarsch der polnisch-ungarischen Wädi die Zeit kommen werde, wo man über das den Ungarn geordnete Eisenbürgen sprechen werde. Sie fürchtet um das geordnete Eisenbürgen. Der Herrgott läßt sich Zeit, aber er ist gerecht. Die polnisch-ungarische Grenze werden wir bekommen, auch gegen unjereu solchen Bundesgenossen“. Aber diesen Verarrt von heute werden wir im Gedächtnis behalten und uns seiner im entsprechenden Augenblicke erinnern. Gerade dann, wenn Eisenbürgen zur Sprache stehen wird. Und sprechen werden wir einmal über Eisenbürgen, bestimmt werden wir einmal darüber sprechen. . .“

sich Polen in der karpathenukrainischen Frage nicht auf eine Propaganda mit Worten beschränkt. Es ist nicht ganz klar, welche Kreise dahinter stehen: Tatsache aber ist, daß in letzter Zeit im karpathenukrainischen Grenzgebiet gegen Polen mehrfach bewaffnete polnische Banden gefaßt worden sind, deren Aufgabe es gewesen ist, Unruhe in die Bevölkerung zu tragen, Brücken und andere wichtige Bauten zu sprengen und das Vertrauen in die staatliche Ordnung zu untergraben. Es ist, wie gesagt, nicht ganz klar, welche Kreise dahinter stehen. Es ist aber wohl zweckmäßig, diese Umtriebe, die die Prager Regierung dazu veranlaßt haben, den militärischen Schutz der karpathenukrainischen Grenze gegen Polen durch eine motorisierte Division zu verstärken, in einen Zusammenhang mit den Ereignissen zu bringen, die sich an der slowakisch-polnischen Grenze abgespielt haben: Polnische Truppen haben die auf Grund der Anfang November getroffenen Vereinbarung von der Slowakei an Polen abzutretenden Gebiete, deren Uebergabe vereinbarungsgemäß am 1. Dezember erfolgen sollte, bereits am 25. bzw. 27. November besetzt<sup>7)</sup> und sind dabei im Gebiet von Lschatscha über die von der Grenzfestsetzungskommission bezeichnete Linie hinaus ein Stück in das auf Grund der genannten Vereinbarung bei der Slowakei verbleibende Land eingerückt. Es hat sich hierbei um eine wohl überlegte Aktion, um eine politische Risikoprobe für eine gewaltsame Lösung der karpathenukrainischen Frage gehandelt.

Es fällt auf, daß das Resselntreiben gegen die Karpathenukraine nach diesen Ereignissen an der polnisch-slowakischen Grenze abgestoppt worden ist. Der zur Schaffung vollendeter Tatsachen (nach dem Vorbilde Wilnaa) aufreizenden Sprache der polnischen Presse ist eine merkwürdige Enttäuschung über die zögernde Haltung der Budapester Regierung gefolgt, die sich trotz der polnischen Ermunterungen nicht zu eigenmächtigen Handlungen gegen die Karpathenukraine hat hinreißen lassen. Diese Regierung, so heißt es in Polen, habe es nicht verstanden, „die mehrmals außerordentlich günstigen Gelegenheiten zur Verwirklichung der für die weitere Existenz des ungarischen Staates hoch bedeutsamen (?) territorialen Forderungen auszunutzen“. Durch ihre Unentschlossenheit habe sie die polnische Regierung, die zu einer tatkräftigen Unterstützung jeder auf eine Vereinigung der Karpathenukraine mit Ungarn abzielenden Aktion bereit gewesen sei, in eine peinliche Lage versetzt. Unter diesen, „durch die formalistischen und bürokratischen Methoden“ der Budapester Regierung verursachten Umständen sehe sich die polnische Regierung gezwungen, die karpathenukrainische Angelegenheit als „im Augenblick nicht mehr aktuell“ zu betrachten, da nach Lage der Dinge die Initiative in dieser Frage von der Budapester Regierung ausgehen müsse.

Nach den Meldungen des Pressebüros der Karpathenukraine hat die Regierung des Landes ihre Hauptaugenmerk zunächst auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und auf die Durchführung der durch die neue Grenzziehung dringend notwendig gewordenen Verkehrsbauten gerichtet. Nach dem Verlust der beiden größten Städte Ungvar und Munkacs, soll die neue Hauptstadt des Landes, Ehusz, entsprechend ausgebaut werden. Der bisher nur in Ansätzen vorhandene Industrie will die Regierung unter Ausnutzung der zumeist noch ungehobenen Bodenschätze, der Kohlen-, Erdöl-, Salz-, Kalkstein-, Kaolin- und sonstigen Vorkommen, ihre besondere Förderung zuteil werden lassen. Die Heimindustrie wird als stark entwicklungsfähig betrachtet. Die Wälder, die weit mehr als die Hälfte der Landesfläche bedecken, sollen die Grundlage einer vielseitigen Holzindustrie bilden, während die bisher noch völlig unregulierten Gebirgsflüsse der Energiewirtschaft nutzbar gemacht werden können. Uff. Durch die Abtrennung ihrer südlichen Landesteile hat die Karpathenukraine zwar wirtschaftlich wertvolle Gebiete an Ungarn verloren; zugleich aber hat sie an völkischer Geschlossenheit gewonnen. Der Anteil des ukrainischen Elementes, der innerhalb der Trianoner Grenzen nur etwa 65 v. H. betragen hat, ist auf über 80 v. H. gestiegen. Verblieben sind im Lande nur kleinere Gruppen von Slowaken, Rumänen, Madjaren, Deutschen und Juden. Durch volkspolitische Probleme, die als Territorialprobleme akut werden könnten, ist die Karpathenukraine in ihrem heutigen Umfang nicht mehr belastet.

Der Wille und die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Aufbau des Landes sind ohne Zweifel vorhanden. Ueber die Schwierigkeiten, die sich aus der wirtschaftlichen Zurück-

<sup>7)</sup> Als Vorwand für diesen Schritt haben folgende Ereignisse gedient: Die polnischen Mitglieder der Gemischten Grenzfestsetzungskommission sind bei ihrer Fahrt durch das an Polen abzutretende Gebiet bei der Bevölkerung auf Schwierigkeiten gestoßen. Nach slowakischer Darstellung hat die Bevölkerung Barrikaden errichtet, um den polnischen Kommunistenmitgliedern die Weiterfahrt zu verwehren. Die Autos sind beschlagnahmt und zwei Polen leicht verwundet worden. Nach polnischer Darstellung haben sich an den „Ueberfällen“ auch slowakische Beamte und Soldaten beteiligt.

gebliebenheit und dem zwitterhaften Tiefstand des Landes für einen solchen Aufbau ergeben, braucht man sich in Polen, wo man mit diesen Momenten gern als Argument gegen die Existenzberechtigung der Karpathenukraine operiert, nicht den Kopf zu zerbrechen. Man kann wohl von vornherein annehmen, daß die materiellen und kulturellen Belange der Bevölkerung dieses kleinen Landes bei einer in Ehsuß sitzenden und aus Ukrainern bestehenden Regierung besser aufgehoben sein werden, als bei einer Regierung, die dieses Land und seine Bewohner unter dem Gesichtswinkel der gemeinsamen Grenze zwischen Ungarn und Polen betrachtet. Die Frage dieser gemeinsamen Grenze ist, wie gesagt, nach polnischer Auffassung „im Augenblick“ nicht aktuell. Es ist nach der starken Aktivität, die Polen in dieser Frage bisher entfaltet hat, aber anzunehmen, daß die polnische Politik auch in Zukunft jede Gelegenheit wahrnehmen wird, der Karpathenukraine Schwierigkeiten zu machen. Es liegt nahe, die Unterredungen des polnischen Botschafters in Moskau mit dem Außenkommissar Litwinow-Finkelstein, die in einer am 27. November d. J. veröffentlichten Erklärung<sup>1)</sup> ihren Niederschlag gefunden haben, in einen ursächlichen Zusammenhang mit der Karpathenukrainischen Frage zu bringen. Wenn sich diese Erklärung auch streng im Rahmen des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1932 bewegt, so verdient dieser Versuch der polnischen Politik, die seit Jahren stagnierenden Beziehungen zu dem östlichen Nachbarn wieder in Fluß zu bringen, um gegebenenfalls mit diesen gemeinsam einer Aufrollung der ukrainischen Frage entgegenzutreten, das stärkste Interesse aller derjenigen Faktoren, die der begründeten Auffassung sind, daß jede Einschaltung der bolschewistischen Macht in die Fragen der europäischen Politik den auf die Sicherung des Friedens gerichteten Bemühungen hinderlich ist.

<sup>1)</sup> In der Erklärung werden folgende Feststellungen getroffen:

1. Grundlage für die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion bleiben auch weiterhin in ihrer ganzen Ausdehnung alle bestehenden Verträge einschließlich des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 25. Juli 1932. Dieser Vertrag, der für fünf Jahre abgeschlossen und am 5. Mai 1934 bis zum 31. Dezember 1945 verlängert worden ist, besitzt eine ausreichend breite Grundlage zur Gewährleistung der Unantastbarkeit der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

2. Die beiden Regierungen stellen sich zu der Frage der Vergroßerung der gegenseitigen Handelsumfänge positiv ein.

3. Beide Regierungen sind sich über die Notwendigkeit einig, eine Reihe von Fragen positiv zu erledigen, die sich aus den gegenseitigen vertraglichen Beziehungen ergeben. Es handelt sich hierbei insbesondere um die räusichtigen Angelegenheiten und um die Erledigung der in der letzten Zeit erfolgten Grenzstreitigkeiten.

## Ungarn und seine neuen Gebiete

Die Volkstumsgrenze zwischen Slowaken und Ukrainern auf der einen und Madjaren auf der anderen Seite ist unscharf und verschwommen. Dort eine den volkspolitischen Gesichtspunkten gerecht werdende Grenzziehung zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei zu finden, ist erheblich schwieriger gewesen als die Festsetzung der neuen Staatsgrenze im böhmisch-mährischen Raum, wo sich deutsches und tschechisches Volkstum ungleich schärfer von einander trennen lassen. Dort, in der zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei strittig gewesenen Zone, geht ein Volkstum allmählich in das andere über, und die Sprache, die bei den Volkszählungen erfragt worden ist, erweist sich dort mitunter mehr als ein Hindernis denn als ein Hilfsmittel der Volkstumsbestimmung. Es kommt hinzu, daß diese Zone noch an verschiedenen Stellen von deutschen Volkstumsgruppen durchbrochen und obendrein stark mit Juden durchsetzt ist, die namentlich in den Städten beträchtliche Minderheiten, mitunter sogar Mehrheiten bilden\*).

Der Wiener Schiedsspruch hat Ungarn einen Gebietszuwachs von 12 400 Quadratkilometer und einen Bevölkerungszuwachs von 1 064 000 Menschen gebracht. Damit hat Rumpfungharn sowohl gebiets- wie bevölkerungsmäßig einen Zuwachs von rund einem Siebentel erhalten. Maßgebend für die Wiener Grenzziehung sind die Ergebnisse der ungarischen Volkszählung von 1910 gewesen. Nach dieser haben auf dem Gebiet, aus dem 1918/20 die Slowakei und die Karpathenukraine gebildet wurde, 896 724 bzw. 174 602, zusammen also 1 070 873 Madjaren gewohnt, also etwa ebenso viele, wie Ungarn durch den Wiener Schiedsspruch Menschen erhalten hat. Die madjarische Bevölkerung der Tschecho-Slowakei hat

\* Nach den Ergebnissen der tschecho-slowakischen Volkszählung von 1930 hat es in der Slowakei 126 767 und in der Karpathenukraine 102 542 Konfessionsjuden gegeben; das sind 4,11 bzw. 14,14 v. H.

jedoch in den ersten Jahren nach dem Kriege erheblich abgenommen. Vor allem die madjarische Intelligenz hat damals das von Ungarn losgetrennte Gebiet zum größten Teile verlassen. Nach den Ausweisen des ungarischen Flüchtlingsamtes sind in den Jahren 1918 bis 1924 annähernd 107 000 Madjaren aus der Tschecho-Slowakei nach Ungarn ausgewandert. Es ist also anzunehmen, daß die madjarische Bevölkerung der Tschecho-Slowakei im Jahre 1938 weniger Seelen gezählt hat als im Jahre 1910, wobei noch zu bemerken ist, daß sich unter den vor dem Kriege als „Madjaren“ Gezählten viele Personen befunden haben, die in Wirklichkeit einem anderen Volkstum angehört haben. Nach der tschecho-slowakischen Volkszählung von 1930 haben in der Slowakei 571 988 und in der Karpathenukraine 109 472, zusammen also 681 960 Madjaren tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit gelebt. Zählt man noch die 26 892 Madjaren fremder Staatsangehörigkeit hinzu, so hat es damals in den beiden Ländern insgesamt 708 142 Bewohner madjarischer Volkszugehörigkeit gegeben. Von diesen sind nach tschechischen Angaben ungefähr 180 000 (?) auch nach der neuen Grenzziehung auf slowakisch-karpathen-ukrainischem Gebiet verblieben. Dafür sind über 300 000 Slowaken und über 60 000 Ukrainer, ferner über 100 000 Juden usw. an Ungarn gekommen.

Die Bevölkerung der Abtretungszone ist zu etwa 58 v. H. in der Landwirtschaft beschäftigt. Diese Zone hat eine noch stärker betonte agrarische Struktur als Rumfungenarn, von dessen Bevölkerung die Hälfte auf die Landwirtschaft entfällt. Den Zuwachs, den die ungarische Landwirtschaft mit den von der Tschecho-Slowakei abgetrennten Gebieten erhält, zeigt nachstehende Uebersicht, deren Zahlen auf Grund der tschecho-slowakischen Agrarstatistik von 1929 errechnet und mit den Produktionsdaten Rumfungenarns für das Jahr 1937 in Vergleich gesetzt sind (nach den Angaben des „Pester Lloyd“ vom 6. November 1938):

	Rumpf- ungenarn	Neue Gebiete	Zunahme in %		Rumpf- ungenarn	Neue Gebiete	Zunahme in %
<b>Bevölkerung (in 1000)</b>	9 035	1 060	11,7	<b>Ernte (in 1000 q.)</b>			
davon in der Landwirtschaft und sonstige	4 560	510	15,4	Weizen . . . . .	19 528	2 750	14,1
<b>Gesamtanbaufläche</b>	4 475	450	10,1	Roggen . . . . .	6 178	1 240	20,1
(in 1000 Hekt.)				Gerste . . . . .	8 669	1 686	20,5
Weizen . . . . .	16 173	2 160	13,5	Hafer . . . . .	2 704	686	25,5
Roggen . . . . .	2 373	269	13,5	Haie . . . . .	2 387	1 143	4,3
Gerste . . . . .	1 085	164	15,6	Kartoffel . . . . .	38 353	5 362	8,8
Hafer . . . . .	812	190	23,4	Zuckerrüben . . . . .	10 126	4 309	43,0
Haie . . . . .	490	90	22,4	<b>Bierbrenn (in 100 Hekt.)</b>			
Kartoffel . . . . .	2 077	114	5,5	Pflanzl. . . . .	798	117	14,6
Zuckerrüben . . . . .	512	96	18,9	Rinder . . . . .	1 756	357	19,2
Waldfl. (in 1000 Hekt.)	82	46	54,7	Schweine . . . . .	2 623	305	12,4
	2 000	40	20,5	Schafe . . . . .	1 484	195	13,1

Der landwirtschaftliche Gewinn Ungarns ist groß; er wird sich sowohl in der Binnenwirtschaft wie im Außenhandel auswirken. Auch der industrielle Zuwachs, den Ungarn mit den neuen Gebieten erhält, ist beträchtlich. Die ungarische Industrie gewinnt neue Rohstoffquellen für ihren Holz-, Eisenerz-, Magnesit-, Antimon-, Kaolin- und Kalksteinbedarf. Von größter Bedeutung ist dabei für das holzarme Ungarn zweifellos der Zuwachs an Waldgebieten. Doch auch die Minerallager sind nicht zu unterschätzen. Ein wertvoller Gewinn ist auch die auf der Landwirtschaft aufgebaute Industrie der Großen Schüttinsel mit ihren zahlreichen Zucker- und Spiritusfabriken. Bei einem Vergleich der Zahlen der in der Industrie Rumfungenarns (nach dem Stande von 1937) und der neuen Gebiete (nach dem Stande von 1930) ergibt sich folgendes Bild (nach den Angaben des „Pester Lloyd“ vom 6. November 1938):

Industriezweig	Beschäftigte Arbeiter		
	Rumfungenarn	Neue Gebiete	Zunahme in %
Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie	79 975	2 700	3,4
Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke	9 421	3 800	35,0
Stein-, Ton- und Glasindustrie . . .	28 806	4 000	13,8
Holzindustrie . . . . .	12 590	1 800	14,3
Lederindustrie . . . . .	6 302	400	6,3
Textilindustrie . . . . .	67 659	750	1,1
Bekleidungsindustrie . . . . .	9 152	900	4,4
Papierindustrie . . . . .	5 268	1 200	22,8
Chemische Industrie . . . . .	12 323	800	2,4
Lebensmittelindustrie . . . . .	32 728	9 800	28,4
Dienstleistungsindustrie . . . . .	7 296	800	11,0

Das sind zusammen in Rumpfungarn rund 275 000 und in den neuen Gebieten rund 25 000 in den genannten Industriezweigen beschäftigte Arbeitskräfte. Das ist ein Zuwachs von rund 9 v. H. In der Bauindustrie der neuen Gebiete sind außerdem 10 000 und im Bergbau etwa 2 300 Personen beschäftigt. Besonders wichtig sind für Ungarn die Eisenvorkommen von Jenzau, Rosenau usw. Bisher sind nämlich die größten schwerindustriellen Werke Ungarns in Kina-Murany fast ausschließlich auf den Rohstoffimport angewiesen gewesen. Durch die Zuteilung der genannten Erzvorkommen wird Ungarn in die Lage versetzt, seinen Erzbedarf zum weitaus größten Teil im Inland zu decken und sich vom Ausland unabhängig zu machen. Ungarn hat also berechtigten Anlaß, sowohl in nationaler wie in wirtschaftlicher Hinsicht mit dem Ergebnis des Wiener Schiedsspruches zufrieden zu sein. Lothar Kossipaul.

## Macht und Wirtschaft in Ostmitteleuropa

Noch niemals hatte die französische Osteuropapolitik so günstige Voraussetzungen zum Handeln gefunden wie nach Versailles. Hatte sie sich bis dahin stets damit begnügen müssen, in Osteuropa die Bundesgenossenschaft von Staaten zu suchen, die Anspruch darauf erheben konnten, von ihr als gleichwertige Mächte behandelt zu werden, so sah sich die französische Politik nach Versailles im östlichen Mitteleuropa einem in eine große Zahl von Mittel- und Kleinstaaten zergliederten Raum, also einer Situation gegenüber, die es ihr ermöglichte, den Versuch zu unternehmen, den ganzen breiten Ländergürtel zwischen dem Weißen Meer und der Ostsee im Norden und der Adria und dem Schwarzen Meer im Süden ihrem Ziel der dauernden Niederhaltung Deutschlands und damit ihrem Vormachtsstreben auf dem europäischen Festland dienstbar zu machen. Die Vorbedingungen für eine französische Führung im östlichen Mitteleuropa waren um so günstiger, als diesem Raume der innere Zusammenhalt fehlte und als unter den Staaten dieses Raumes keiner stark genug war, um die Führung für sich in Anspruch nehmen zu können. Andererseits waren diese Staaten dadurch aneinander gebunden, daß sie zu den Mächten, deren Zusammenbruch sie ihre Entstehung verdankten und deren revisionistische Bestrebungen sie fürchteten, in einem psychologisch verständlichen Gegensatz standen. Es war nur natürlich, wenn sie in der Anlehnung an Frankreich die beste Garantie ihrer Sicherheit suchten. Und Frankreich seinerseits konnte der Wirksamkeit seines Einflusses um so sicherer sein, als die Spannungsverhältnisse an den Rändern des östlichen Mitteleuropa im Vergleich zur Vorkriegszeit einen grundlegenden Wandel durchgemacht hatten: Im Rahmen des russischen Reiches hatten die Westgebiete auch in der Zeit, in der die Petersburger Politik von panslawistischen Ideen beherrscht war, mehr als strategisches Vorfeld gebietet, als ein gegen Deutschland gerichtetes Eigenleben gehabt. Nach Versailles aber rückten die gegnerischen Kräfte unmittelbar an die weit nach Westen zurückgedrängten Grenzen des Reiches heran. Nicht mehr Moskau und Petersburg waren die Quellen der gegen Deutschland gerichteten Aktivität, sondern Warschau oder noch näher: Odingen, Posen, Kattowitz, Prag. Das politische Leben des ostmitteleuropäischen Raumes erfuhr eine nationale Intensivierung, wie sie in der Außenpolitik des alten Europa unbekannt war. Wirtschaftszgebiete, die früher im Rahmen großer Reiche minder bewertet worden waren, erwachten zu eigenem Leben. Und Kräfte, die zwar früher schon existierten, aber in das Schicksal übergeordneter Staaten eingepaßt waren, war jetzt die Möglichkeit eigenwilliger Entwicklung gegeben. Frankreich verstand es, dafür zu sorgen, daß die Betätigung dieser Kräfte in einer Richtung erfolgte, die den Gegensatz der ostmitteleuropäischen Staaten zu Deutschland zu verewigen drohte und damit deren Abhängigkeit von Frankreich zu einer ständigen Einrichtung zu machen versprach.

Frankreich war nach Versailles im östlichen Mitteleuropa ohne Zweifel die allein führende Macht. Polen und die Tschecho-Slowakei schlossen ihre, durch Militärkonventionen ergänzten Bündnisverträge mit Frankreich, und zwischen Polen und Rumänien sowie zwischen der Tschecho-Slowakei, Südslawien und Rumänien kamen entsprechende Verträge zustande. Aber die Einkreisungspolitik wollte nicht funktionieren. Der Ring um Deutschland ließ sich nicht schließen. Frankreich vermochte die Staaten Ostmitteleuropas niemals auf eine

Linie zu bringen. Aus der Vielzahl dieser Staaten wurde trotz der ihnen allen bis zu einem gewissen Grade eigenen Abhängigkeit von Frankreich niemals ein politisches Ganzes. Und da dieser völkisch und politisch zerklüftete Raum niemals als Ganzes seiner ihm von der französischen Politik zugedachten Bestimmung: der Niederhaltung Deutschlands zugeführt werden konnte, blieb er, obwohl einzelne seiner Glieder im Laufe der Zeit zu immerhin beachtlichen Faktoren der europäischen Politik heranwuchsen, im Grunde doch stets eine machtlose Zone, die sich mit französischer Hilfe in der durch die Pariser Vorortdiktate geschaffenen Gestalt nur dank der Dummheit Deutschlands zu erhalten vermochten. Das in Versailles vor den Ostgrenzen des Reiches errichtete Staatensystem erwies sich also, vom französischen Gesichtspunkt aus betrachtet, als eine politische Fehlkonstruktion insofern, als das, was eigentlich seine Wirkung sein sollte, nämlich die Schwäche des Reiches, seine Voraussetzung war.

In die völkischen Gegensätze, wirtschaftlichen Rivalitäten und politischen Spannungen, die sich der Herausbildung eines „ostmitteleuropäischen Gemeinheitsgefühls“ hindernd in den Weg stellten, war Frankreich immer wieder vermittelnd einzugreifen bestrebt. Erfolge hatte es in dieser Hinsicht nicht zu verzeichnen. Vor allem gelang es ihm nicht, die beiden tiefsten Bruchstellen, d. h. die Konflikte Polens mit Litauen auf der einen und mit der Tschecho-Slowakei auf der anderen Seite, zu überbrücken. Aus dem Wilna-Konflikt, den es seinerseits durch die Auslieferung seines Memeler Kaufpfandes an Litauen zu lösen gehofft hatte, zog sich Frankreich im Jahre 1923 zurück. Und der Streit um das Teschen-Land, den der Entscheid der Völkervereinigung von 1920 mehr zu umgehen, als zu lösen versucht hatte, konnte erst, als Frankreich schon lange aufgehört hatte, die erste Rolle im östlichen Mitteleuropa zu spielen, beigelegt werden. In der Hartnäckigkeit dieser beiden Konflikte trat die Bruchigkeit der Versailler Ostkonstruktion sichtbar zu Tage. Denn Wilna und Teschen waren mehr als nur die Objekte eines litauisch-polnischen und eines polnisch-tschechischen Konfliktes. An dem einen erwies sich die Unvereinbarkeit der baltischen mit den polnischen Interessen, und im anderen kam der Kampf des mit Frankreich verbündeten Polen gegen die von demselben Frankreich gestützte Kleine Entente zum Ausdruck. An beiden Konflikten war Polen beteiligt. Es ist also letzten Endes dieser engste Verbündete Frankreichs gewesen, der das System der französischen Ostpolitik zu Fall gebracht und durch die Unverträglichkeit, mit der er seinem Geltungsbedürfnis Raum zu schaffen versucht hat, der deutschen Politik den Weg in den Osten wieder frei gemacht hat. Allerdings ist das niemals die polnische Absicht gewesen!

Ebenso wenig, wie es Frankreich gelang, dem ostmitteleuropäischen Raum eine einheitliche politische Orientierung zu geben, glückte es ihm, die einzelnen Staaten dieses Raumes fest und dauernd an sich zu binden. Der Gründe hierfür können viele angeführt werden: sie liegen zum guten Teil auf wirtschaftlichem Gebiet. Frankreich war nicht in der Lage, seine politischen Bündnisse wirtschaftlich zu unterbauen. Für diese Staaten, die zumeist einen Ueberschuß an Agrarprodukten und Rohstoffen haben, von dessen Export in weitgehendem Maße das Wohl ihrer Volkswirtschaften abhängig ist, kommt Frankreich, in dem sich Industrie und Landwirtschaft das ökonomische Gleichgewicht halten, als Handelspartner nur in sehr beschränktem Umfang in Frage. So hat denn auch Frankreich im Außenhandel dieser Staaten niemals eine ins Gewicht fallende Bedeutung gehabt. Es versuchte die fehlende produktionsmäßige Gegenseitigkeit durch finanzielle Mittel zu ersetzen und seine Verbündeten und Trabanten durch Anleihen an sich zu fesseln. Nicht bloß hinsichtlich der beabsichtigten Wirkung, sondern auch in bezug auf die Verwendung der Mittel waren die Kredite, die Frankreich in den ostmitteleuropäischen Staaten unterbrachte, stets politische Kredite, die (genau wie vor dem Kriege die dem Zarenreich gewährten Anleihen) für den Ausbau der Rüstungsindustrien, für die Anlage strategisch wichtiger Bahnen usw., im wesentlichen also für unproduktive Zwecke verwandt wurden. Frankreich bemühte sich übrigens, durch die trüben Erfahrungen der Vorkriegszeit gewisigt, nicht nur eigene, sondern auch fremde Gelder seinen politischen Zwecken dienstbar zu machen, und zwar durch die Schaffung internationaler Bankinstitute, auf deren Leitung es sich einen maßgeblichen Einfluß zu sichern verstand, wie der Internationalen Hypothekbank in Amsterdam, der Bank für Internationale Zahlungen in Basel und der Internationalen Agrarkreditbank

in Genf. Aber das französische Geld vermochte weder die wirtschaftliche Bedrängnis der damit Bedachten zu beheben noch deren wachsende Versailles-Müdigkeit zu überwinden. Frankreich mußte sich schließlich dann überzeugen, daß die den östlichen Nachbarländern Deutschlands notwendige Abschlusssicherung auf die Dauer durch Kredithilfe auch dann, wenn diese produktiv angewandt wird, nicht ausreicht. Es suchte, sich, ohne Grund, auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Marktes, der in den Handelsbilanzen der ostmitteleuropäischen Staaten fast durchweg die ersten Plätze einnimmt, je länger je mehr auch eine politische Anziehungskraft auf diese Staaten ausüben werde. Dieser Gefahr versuchte Frankreich durch die Schaffung antideutscher Wirtschaftsblochs im östlichen Mitteleuropa entgegenzuwirken. Seine stärkste Ausprägung fand dieses Bestreben in dem Versuch, die Kleine Entente unter Einbeziehung Desterreichs und Ungarns zu einem Donauwirtschaftsblock zusammenzuschließen. Aber nicht einmal hier, wo man doch an die wirtschaftlichen Traditionen der alten Donaumonarchie anknüpfen konnte, hat sich ein solcher Plan verwirklichen lassen. Im Wirtschaftlichen ist ebenso wie im Politischen die Unmöglichkeit, das in Versailles errichtete ostmitteleuropäische Staatensystem gegen die deutsche Mitte des Kontinents geschlossen zum Einfaß zu bringen, in Erscheinung getreten.

Frankreich zog aus dem sichtbaren Zerfall dieses Systems seine Folgerungen. Es ebnete der Sowjetunion den Weg in die Genfer Liga und führte sie damit in die europäische Politik ein. Es bemühte sich, die Sowjetunion zu einem Mitgaranten der Versailler Ordnung zu machen. Der erste Vorstoß in dieser Richtung war der Ostpakt vom Juli 1934; er war zugleich der letzte Versuch, die Staaten Ostmitteleuropas zu einem gemeinsamen Einfaß gegen Deutschland zu bringen. Der Pakt kam nicht zustande. Zu seinen Gegnern gehörte bezeichnenderweise auch Polen. Frankreich ging darauffhin auf dem einmal beschrittenen Weg noch einen Schritt weiter: Der Beistandspakt vom Mai 1935 erkannte die Sowjetunion als den Hauptpartner der französischen Ostpolitik an. Das Bündnis mit Moskau kam Frankreich teuer zu stehen. Es trug in entscheidendem Maße zur Auflösung der Versailler Ordnung im östlichen Mitteleuropa bei. Unter allen Staaten dieses Raumes fand sich nur einer, der sich ihm einzufügen bereit war: die Tschechoslowakei. An ihr trat dann ja auch der grundlegende Wandel der Machtverhältnisse, der sich im östlichen Mitteleuropa vollzogen hatte, am sichtbarsten in Erscheinung. Die französische Machtstellung in diesem politisch, wirtschaftlich und völkisch zerrissenen Raume gehört der Vergangenheit an. Eine neue Ordnung ist im Entstehen begriffen, eine Ordnung, die den geschichtlichen Gegebenheiten, den Forderungen des wirtschaftlichen Lebens und den geistigen Bindungen, die in diesem Raume wirksam sind, besser entspricht und die nicht auf die Feindschaft, sondern auf die organische Zusammenarbeit mit der deutschen Mitte des Kontinents eingestellt ist.

Es ist aber klar, daß Westeuropa auch in Zukunft nicht aufhören wird, seinen Einfluß auf das östliche Mitteleuropa geltend zu machen. An die Stelle Frankreichs ist England getreten. Damit ist ein bemerkenswerter Wandel in der Art der westeuropäischen Einflüsse auf die ostmitteleuropäischen Länder verbunden. Hat Frankreich diese Länder durch politische Verträge an sich zu binden versucht, so versucht es England mit der wirtschaftlichen Durchdringung. Mit dem verstärkten und planmäßig vorgetragenen Einbruch des britischen Handels in das östliche Mitteleuropa hat sich das Gewicht des Kampfes um diesen Raum von der rein machtpolitischen nach der mehr handelspolitischen Seite verlagert. Dieser Kampf ist mit besonderer Schärfe in den Donau- und Balkanländern entbrannt. Es geht England bei dieser Wirtschaftsoffensive nicht nur ums Geschäft, denn schließlich bedeutet der rumänische oder der lettische Markt für den Wirtschaftsorganismus des Empire nicht viel. Sondern es geht darum, die Länder Ostmitteleuropas nicht dem beherrschenden deutschen Wirtschaftseinfluß zu überlassen, von dessen Wirksamkeit die Westmächte eine Stärkung der politischen Stellung des Deutschen Reiches im Osten befürchten, die ihnen in jeder Hinsicht unerwünscht ist, der sie nach der Liquidierung Versailles' aber mit den Mitteln der brutalen Gewalt nicht mehr entgegenzutreten vermögen.

# Krisenzeichen in der polnischen Wirtschaft

In jüngster Zeit beschäftigt sich die polnische Wirtschafts- und Lagespresse lebhaft mit der Frage, wie dem auf verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens erkennbaren Konjunkturmishung am zweckmäßigsten zu begegnen sei. Man ist sich der Gefahren bewußt, die dem ganzen Lande daraus erwachsen würden, wenn der Konjunkturrückschlag so unvermittelt erfolgt, wie dies Ende 1929 der Fall war. Damals standen die Wirtschaftspolitikler auf dem Standpunkt, daß das Wirtschaftsleben Polens gegen Krisen widerstandsfähiger sei als das Ausland; man versäumte daher, rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Die Legende von der Krisenfestigkeit erwies sich jedoch als ein schwerwiegendes Verstum. Die Auswirkungen der Krise 1929/1932 waren für das ganze polnische Wirtschaftsleben katastrophal. Nur langsam vermochte sich der geschwächte Wirtschaftsorganismus zu erholen. Immerhin konnten von Jahr zu Jahr Fortschritte in der Produktion und im Absatz verbucht werden, so daß man sich mit dem Erreichten zufriedene gab. Die durch den Konjunkturanstieg offensichtlich begünstigten Fortschritte stellte die der Regierung nahestehende Presse im Wesentlichen als einen Erfolg der amtlichen Politik hin.

Unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses erweist sich der Anstieg der Wirtschaftskurve in Polen indessen als geringfügig und keineswegs ausreichend, um dem Arbeitsmarkt eine fühlbare Entlastung zu bringen. Auf die Problematik der regierungsseitig konstatierten Besserung weist in einem grundlegenden Aufsatz der konservative „Gazeta“ hin; er kommt im Hinblick auf den alljährlich unterzubringenden Zuwachs von 400 bis 500 000 Arbeitskräften zu dem Ergebnis, daß im laufenden Jahr erst das Produktionsniveau des letzten Konjunkturjahres vor der Krise (1928) erreicht werden konnte, daß also Polen auf wirtschaftlichem Gebiete im Verlauf der letzten zehn Jahre faktisch keinen Schritt vorwärts gekommen sei. Ähnlich beurteilt die Lage Stanislaus Grabzki, Minister in zwei Kabinetten vor dem Pilsudski-Umsturz, in seinem kürzlich erschienenen Buch „Ku lepszemu Polsce“ (Warschau 1938, Verlag „Koi“). In der Landwirtschaft sei es unmöglich, die überschüssigen Arbeitskräfte anzufassen, weil das flache Land schon überbevölkert ist. Die Industrie vermöge es noch weniger; sie sei zu schwach entwickelt, so daß trotz Vierjahresplan und Gandomic ein erheblicher Teil der Industriearbeiterschaft beschäftigungslos geblieben sei. Soll Polen wirtschaftlich gefunden, so muß es nach Auffassung Grabzki's eine radikale Umstellung seiner ganzen Wirtschaftspolitik vornehmen. Die Verteidiger des liberalen Wirtschaftssystems, so bemerkt Grabzki, sprächen immer nur von der Besserung der Konjunktur und die Erreichung des Standes von 1928 werde von ihnen als großer Erfolg hingestellt. Daß aber Polen selbst in jenem Jahr höchster Konjunktur nicht imstande war, seinen ganzen Bevölkerungszuwachs zu ernähren und daß 200 000 Menschen infolgedessen gezwungen waren, ihr Brot in Frankreich zu suchen, sei für sie unwesentlich. Seitdem habe sich die Situation noch beträchtlich verschlimmert, sagt Grabzki; denn infolge der Auswanderungsschwierigkeiten sei seit vier Jahren der gesamte Bevölkerungszuwachs im Lande verblieben. Aber nicht erst die Krise habe Polen vom Wege des wirtschaftlichen Fortschritts abgedrängt. In Wahrheit, sagt Grabzki, verarme Polen seit 1920 ständig weiter. Die Krisenjahre hätten den Verarmungsprozeß nur noch beschleunigt und verstärkt und das Lebenshaltungsniveau auf dem Lande um 50 Jahre, etwa auf den Stand der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, zurückgeworfen.

Im November vorigen Jahres veröffentlichte Bizeminister Lechnicki in der Wochenschrift „Narod i Państwo“ eine Ziffernreihe, an Hand welcher er nachwies, daß Polen, gerechnet auf den Kopf seiner Bevölkerung, den geringsten Warenverkehr mit dem Auslande, den niedrigsten Index der Industrie, das kleinste Nettoeinkommen je Hektar, den niedrigsten Milch-ertrag usw. in ganz Europa aufweise. Kein Volk Europas, schrieb Lechnicki, sei in den Krisenjahren hinsichtlich seines Wohlstandes, seiner Unternehmertätigkeit und seiner Produktion so stark zurückgefallen, wie gerade das vermeintlich so krisenfeste Polen. In der Wirtschaftspolitik der Krisenjahre habe also ein grundlegender Fehler gesteckt. Während alle von der Krise betroffenen Länder gegen eine Verschlimmerung ihrer Auswirkungen nach Kräften ankämpften, hätte Polen resignierend und passiv auf eine Besserung der Weltkonjunktur gewartet. In diesen Fehler wolle man unter keinen Umständen

wieder verfallen. Mit dem Warnruf „Die Krise naht!“ geht die Zeitschrift „Polityka Gospodarcza“ in Front; sie erörtert in einem viel beachteten Artikel die gegenwärtige Situation, dabei fünf Gefahrenpunkte aufzeigend, von denen der neue Rückfall in die Depression befürchtet werde: Landwirtschaft, Kohle, Stahl, Außenhandel und Staatshaushalt. Daß für Polen die Zeit des Konjunkturaufstieges vorbei ist und der Rückschlag bereits eingetreten hat, wird in seltener Einmütigkeit von Rechts und Links bekräftigt; weniger Einmütigkeit dagegen zeigt sich über den zu beschreitenden Weg und über die Maßnahmen, die zum Auffangen oder wenigstens zur Vinderung des Konjunkturrückschlages zweckentsprechend einzuschlagen sind. Der bekannte Wirtschaftspolitiker und Sachverständiger der Regierung in Wirtschafts- und Finanzfragen, Prof. Krzyżanowski, rät zu drei Mitteln: Nichterhöhung der Steuern, Sicherung der Rentabilität des Wirtschaftsprozesses und Beseitigung der Außenhandelshemmnisse. Daß diese Mittel ausreichen, wird von anderer Seite bezweifelt. Zur Illustrierung der Lage werden folgende Momente angeführt:

Die Angliederung des Olsa-Gebiets hat die Schwerindustrie Polens zwar erheblich bereichert, aber auf der anderen Seite die Absatzlage für die Erzeugnisse dieser Industrie wesentlich kompliziert. Von dort ist der Einbruch der Krise in verschärftem Tempo zu befürchten. Es gilt also in erster Linie, die durch die mangelnde Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes verursachte Stocung der Kohlen-, Eisens- und Stahlproduktion des Olsa-Gebietes zu beseitigen und, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht noch zu verschärfen, die zahlreichen Arbeitskürzungen und Entlassungen durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm rückgängig zu machen, sowie die Spekulation, die eine immense Preissteigerung der Gegenstände des ersten Bedarfs verursacht hat, erfolgreich zu bekämpfen. Die polnische Kohlenindustrie hat durch die Einverleibung der Bergwerke des Olsa-Gebietes einen Produktionszuwachs um rund 7,6 Millionen Tonnen erfahren. Jedoch schon vorher, als die Kohlenförderung noch um diese Menge und die Koksförderung um 1 Million Tonnen niedriger waren, konnte der polnische Markt die anfallende Produktion nur teilweise aufnehmen. Ueber 11 Millionen Tonnen Kohle mußten zu ungünstigen Preisen exportiert werden. Nun gilt es, für weitere 7,6 Millionen Tonnen Kohle Absatzmärkte im Auslande zu finden. „In aller nächster Nachbarschaft des Kohlenreviers befinden sich reich bevölkerte Gebiete, die Kohle als Brennmaterial überhaupt nicht kennen, trotzdem in diesen Gebieten Brennstoffhunger anzutreffen ist. Diese Disproportion unseres Wirtschaftslebens tritt um so krasser in Erscheinung, als Polen in der Kohlengewinnung eine der ersten Stellen der europäischen Kohlenproduktion einnimmt und ein schwieriges Problem, für diese ausländische Märkte zu finden, besitzt. Indessen berechtigt die Analyse der Daten über die Ausmaße des Kohlenverbrauchs zu der Feststellung, daß der innere Kohlenmarkt noch weit entfernt ist von der Erschöpfung aller Möglichkeiten, den Verbrauch zu steigern.“ Diese Feststellungen wurden nicht von irgendeinem Oppositionsblatt oder von faktellfeindlicher Seite gemacht, sondern sie sind einer Abhandlung der Industrie- und Handelskammer in Krakau entnommen, die eine Untersuchung des Verbrauchs und des Absatzes von Kohle zum Gegenstand hat. Während die Hebung des Binnenabzages nicht von heute auf morgen möglich ist, scheint eine Forcierung des Auslandsabzages unter den obwaltenden Umständen nur mit empfindlichen Opfern für den Staatsschatz (Exportprämien) und anderen in Kauf nehmenden Nachteilen verknüpft, möglich zu sein. Ihren alten Absatzmarkt, das Sudetenland, wird die Karwiner Kohlenindustrie von vornherein gänzlich abschreiben müssen, da die sudetendeutsche Industrie nunmehr mit deutscher Kohle beliefert wird. Keineswegs günstiger sieht die Absatzlage in der polnischen Stahlindustrie aus. Auch hier hat die Inbesitznahme des Olsa-Gebietes durch Polen die Situation erheblich kompliziert; die Stahlerzeugung Polens erfuhr eine Steigerung um etwa 38 v. H. Nur einen kleinen Teil der neu hinzugekommenen Stahlproduktion kann Polen nach der Tschecho-Slowakei absetzen. Für den allergrößten Teil müssen also zusätzliche Absatzmöglichkeiten im In- und Auslande gesucht werden. Es ist möglich, daß es Polen gelingt, eine Erhöhung seiner Stahlexportquote zu erreichen, im Inlande hat aber der Stahlverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung noch nicht einmal den Stand von 1928, also vor zehn Jahren, wiedererreichen können. Da nach Ansicht des polnischen Handelsministers Dr. Roman die für die Schwerindustrie entstandene Situation erst

nach gewisser Zeit überwunden werden kann, bleibt es ungewiß, wie hier die hereinbrechende Krise in ihrer Wirkung auf das allgemeine Wirtschaftsleben des Landes erfolgreich abgewehrt werden kann.

Eine aufschlußreiche Analyse über die Möglichkeiten einer Abwendung der Krise, soweit sie von seiten der Handelsbilanz und des Preisproblems gegeben sind, entwickelt der Warschauer „Gazeta“. Die polnische Handelsbilanz ist seit dem Vorjahr passiv und belastet die Zahlungsbilanz in steigendem Maße. Das Preisniveau in Polen ist überhöht. Aus diesem Grunde gewinnt der Import an Anziehungskraft, während die Ausfuhr auf wachsende Schwierigkeiten stößt. Die Devisenangelegenheiten und das allgemeine Einfuhrverbot, auf dem sich die Importkontingentierung aufbaut, wurden als Mittel benutzt, um trotz ungünstiger Preisgestaltung ein Zusammenschrumpfen der geringen Goldvorräte zu verhüten. Diese Mittel erwiesen sich unter den günstigen Voraussetzungen der Vorjahre als ausreichend. Heute reichen sie nicht mehr aus, um das Gleichgewicht der Handelsbilanz sicherzustellen. Daß die jüngste Verschärfung der Devisenbestimmungen die Situation noch ändern kann, wird bezweifelt. Der „Gazeta“ plädiert daher für eine grundlegende Lösung. Er hält die Ueberbrückung der Preisspanne zwischen dem Inland und dem Ausland nur im Wege einer Währungsoperation für möglich. Die sich aus einer Abwertung des Zloty ergebenden Folgen werden nach Ansicht des „Gazeta“ jetzt zwar geringere Vorteile erbringen als noch vor drei Jahren, zur Zeit der Währungsabwertung der Länder des Sterlingblocks, denn heute müssen der Rückgang der Weltmarktpreise und außerdem verschiedene Faktoren in Rechnung gestellt werden, die hemmend auf die Exportmöglichkeiten einwirken. Trotzdem würde, nach der Auffassung des „Gazeta“, eine Währungsreform auch zur jetzigen Zeit noch so viel wirtschaftliche Vorteile erbringen, daß die Auswirkungen der neuen Krise wesentlich gelindert werden könnten. Auch die Zahlungsbilanz würde sich aktivieren und die kostspielige Exportprämierung zum Teil überflüssig machen. Dadurch würde wiederum der polnische Staatshaushalt eine Entlastung erfahren, was um so wichtiger sei, als Polens Staatsfinanzen vor der Gefahr wachsender Defizite stehen.

Ob sich die polnische Regierung in der Abwehr der hereinbrechenden Krise zu so weitgehenden Maßnahmen entschließen wird, wie es das Organ der Konservativen besonders auf dem Gebiete der Währung für notwendig erachtet, bleibt dahingestellt. Einstweilen hat es den Anschein, als versuchte die amtliche Politik gerade den umgekehrten Weg einzuschlagen, nämlich durch Verschärfung der Devisenbewirtschaftung die Stabilität der Währung zu sichern. Auch einer Intensivierung der Investitionstätigkeit durch zusätzliche öffentliche Arbeiten als Kompensation für die abflauende Konjunktur in der Privatwirtschaft wird mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen nicht in Erwägung gezogen. So ist jedenfalls eine der letzten Reden des Finanzministers Kwiatkowski verstanden worden, in der er eingestand, sich außerstande zu sehen, in der gegenwärtigen politischen Atmosphäre die staatlichen Kredite für die Durchführung des Investitionsplanes zu erhöhen. An auswärtige Finanzhilfe ist nicht zu denken. Die französische Rüstungsanleihe ist, soweit sie überhaupt einging, verbraucht. Da Polen nun auf seine eignen Kräfte allein angewiesen ist, hängt die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage wesentlich von der Wahl der richtigen Mittel im Krisenverlauf ab.

---

„Wie innerhalb der großen 80-Millionengemeinschaft der Deutschen kein verpflichtendes nationales Gemeinschaftsgefühl empfunden wurde, so mangelte es innerhalb der einzelnen Volksteile auch an Verständnis für die soziale Schicksalsgemeinschaft der schaffenden Stände. Sahen die Arbeiter in der die eigene Nation spaltenden internationalen Klassenkampforganisation den Weg zu ihrem Aufstieg, so führten die Bürgerlichen einen national ebenso spaltend und zersetzend wirkenden Kampf um ihre materiellen Sonderinteressen und ihre politischen Vorrechte. Die Worte „Bürger“ und „Arbeiter“ waren zum feindseligen Klassenbegriff, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Gegenpole geworden. In der Zeit schwindenden Nationalbewusstseins und mangelnden sozialen Gemeinschaftsgefühls fällt die Entstehung der nationalen Arbeiterbewegung.“

Hans Knirsch.

# Deutsche und tschechische Industrien

Wenn eine weit verbreitete Auffassung den deutschen Volksboden Böhmens, Mährens und Schlesiens als ganz überwiegend industrialisiert den ausgesprochen landwirtschaftlichen Gegenden des tschechischen Siedlungsgebietes gegenüberstellt, so ist diese Verallgemeinerung längst nicht mehr am Platze. Zur Zeit, als die tschechische Delegation auf der Versailleser Diktatokonferenz das bekannte Memoire III mit der Begründung einreichte, die Einverleibung der sudetendeutschen Randgebiete sei wirtschaftlich notwendig, umfaßte der deutsche Anteil an der Industrie der Sudetenländer noch mindestens 80 v. H.; zehn Jahre später jedoch wurde er beim Zusammenschluß des deutschen und des tschechischen Industriellenverbandes (1929) nur noch auf 58 v. H. geschätzt, und in den mittleren weile verstrichenen Jahren ist er weiterhingesenken. Wie bedeutend die Fortschritte der Industrialisierung des tschechischen Siedlungsgebietes während dieser Zeitspanne waren, läßt sich aus daraus erkennen, daß nach den Gebietsabtretungen ans Reich der Anteil der industriell tätigen Bevölkerung der böhmisch-mährischen Restgebiete von bisher 35,4 v. H. nicht sehr wesentlich, nämlich auf etwa 32,5 v. H. absinkt. In der Tat stehen in den industriellen und gewerblichen Berufen verhältnismäßig beinahe ebensoviel Tschechen als Deutsche, nämlich 39,44 v. H. aller Tschechen der Sudetenländer und 45,48 v. H. aller Deutschen. Wenn man damit die entsprechenden Anteile der Slowaken (18,84 v. H.) und Karpatenukrainen (6,1 80. H.) und selbst der Juden (21,5 v. H.) vergleicht, wird deutlich, wieviel die Tschechen dem Zusammenleben mit dem deutschen Nachbarn und der Zugehörigkeit zum deutschen Kulturboden, der erst an den Karpathen aufhörte, verdanken.

Wohl aber handelt es sich in den sudetendeutschen Gebieten zumeist um andere Industrien, als sie auf tschechischem Volksboden anzutreffen sind. Noch 1927 wurde der deutsche Industriebesitz in den Sudetenländern auf rund 90 v. H. in der Glas-, Flaschen- und Porzellan-Industrie geschätzt und ungefähr ebensoviel in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie und im Textilmaschinenbau, sowie in der Herstellung von Kunstseide, Knöpfen, Papier und Musikinstrumenten, während er sich auf etwa dreiviertel in der Zementindustrie, der Waggon- und elektrotechnischen Industrie stellte. Deutscher Besitz waren auch der Braunkohlenbergbau zu 80 v. H. und selbst die Steinkohlenbergwerke zu zwei Drittel, obgleich diese größtenteils nicht auf deutschem Sprachboden liegen. Dasselbe Verhältnis der Beteiligung bestand in der chemischen Industrie, in Hütten und Stahlwerken und sogar in Teilen der Agrarindustrien (Malzfabriken, Zuckercassinerien). Dagegen waren zu 80 v. H. tschechisch die allgemeine und insbesondere die landwirtschaftliche Maschinenindustrie, die Automobilindustrie, Schuhwaren-, Möbel-, Ziegelindustrie; zu zwei Drittel die Leder-, die pharmazeutische und die Schwerindustrie, sowie Mühlen und Brauereien. Es gab also ehemals eine deutliche nationale Gliederung in den verschiedenen Industriezweigen, wobei aber zu beachten ist, daß der deutsche Industriebesitz nicht allein auf sudetendeutschem Volksboden lag, sondern auch in Städten wie Prag, Brünn, Mährisch-Ostau, Witkowitz, Proßnitz, Pilsen, Budweis usw. zahlreich war.

Es wird nur schwer zu schätzen sein, wie groß der alte deutsche Besitz an Industrien im jetzigen tschechischen Staatsgebiet geblieben ist. In den Nahrungsmittelindustrien geriet bald nach dem Weltkriege mehr als ein Drittel der Zuckerrfabriken unter die Herrschaft der in der „Zentralvereinigung der tschecho-slowakischen Rübenproduzenten“ straff organisierten Genossenschaften der Rübenbauern, die auch aus der Zerstückelung des Großgrundbesitzes Vorteile hatten. Während die Uebernahme zahlreicher (auch deutscher) Zuckerrfabriken durch tschechische Rübenbauern vor sich ging, so daß (statt wie früher zwei Drittel) kaum noch ein Sechstel in deutschem Besitz sind, erfolgte gleichzeitig von Staatswegen die Entschuldung der tschechischen Landwirtschaft auf Kosten der damals noch vorwiegend deutschen Industrie; und Hand in Hand damit erfolgte dort ganz allgemein der Einbruch des tschechischen Bankkapitals während der auf einanderfolgenden Inflations-, Deflations- und Nationalisierungskrisen usw. Außerdem erfuhrten Industriezweige, die nicht den Ausweg zum Weltmarkt hatten, sondern auf den heimischen Markt angewiesen waren, wie die damals in deutscher Hand befindlichen Kohlengruben, Hüttenwerke, Stahl-, Maschinen- und

Fahrzeugfabriken in zunehmenden Maße Benachteiligungen aller Art, sei es bei der Verteilung der öffentlichen Aufträge oder durch mangelnden Zollschutz, zu Gunsten der tschechischen Betriebe. Namentlich die Verstaatlichung der Privatbahnen wirkte sich dahin aus. Die chemische Industrie wurde auch auf dem Wege des Finanzkapitals unter Druck gesetzt, ihm erlag mit seinen weitverzweigten Produktionsstätten der bekannte Auffriger Verein für chemische und metallurgische Produktion, dessen Generaldirektion, als sie unter den Einfluß der Zivnostenska Banka geriet, von Karlsbad und Auffrig nach Prag übersiedeln mußte. Dazu traten Verlegungen der Betriebe selber, wie z. B. der Eisenwerke Kothau-Neudel aus dem Egerland ins tschechische Gebiet und sogar einzelner Firmen der ostböhmischen Leinen- und Zuteindustrie usw., obwohl die Textilindustrie auch außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachbodens größtenteils sich in deutschen Händen befindet (Bránn, Prognitz, Raňod, Jglau).

Den wohl am höchsten entwickelten Typ eines im völkischen Kampf stehenden Finanzinstituts stellt die Zivnostenska Banka dar; sie nutzte die Nachkriegszeit und das Restrukturierungsgezet zum Erwerb der Beteiligungen der Oesterreichischen Bodenkreditanstalt u. a. in der Zuckerindustrie und im Zuckerhandel. Später bot ihr der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt die Gelegenheit, den deutschen Einfluß aus der Großindustrie hinauszudrängen; und noch im Sommer 1938 übernahm sie Besigtmäer der jüdischen Familie Petschel im nordböhmischen Industriebezirk. Daher beherrscht der Zivno-Konzern allein 68 v. H. der Steinkohlenförderung, 30 v. H. der Braunkohlengewinnung, den Auffriger Verein für chemische und metallurgische Produktion neben anderen chemischen Werken, die gewaltigen Betriebe der Eisen- und Hüttenindustrie um Prag-Mladno, Pilsen und Mähresch-Osttau, den Textilkonzern Mautner u. a., die Zellulose- und Papierherstellung, Lebensmittel-, Getränke-, Zuckerindustrie usw. bis zur Elbe-Schiffahrt und der Tschecho-Slowakischen Donau-Schiffahrts A. G. in Preßburg. In ursprünglich deutschen Gründungen, wie den Stoda-Werken (dem Lebenswerk eines Egerländers) oder dem ebenso weltberühmten Bürgerlichen Bräuhäus in Pilsen, den Witkowitz'schen Eisenwerken u. a. ist der deutsche Anteil, wenn nicht ganz verdrängt, auf einen kleinen Bruchteil hinabgedrückt.

Dieser kurze Ueberblick läßt schon erkennen, in welchem Umfange sich der industrielle Besitz in den zwanzig Jahren des Bestehens des tschechischen Staates aus deutschen Händen in tschechische verlagert hat. Abgesehen von diesem Besitzwechsel, der zum Teil im geschlossenen deutschen Sprachgebiet (also auf jetzigem Reichsboden), zum anderen Teil auch im tschechischen stattgefunden hat, ist aber zugleich im tschechischen Gebiet der Aufbau neuer Industrien erfolgt, und zwar von Verbrauchsgütern sowie von Produktionsgüterindustrien. Im Hinblick auf die letztgenannten wird sich die Ausgliederung der subten-deutschen Randgebiete, die durch Verbrauchsgüterindustrien gekennzeichnet sind, aus der tschechischen Wirtschaft kaum bemerkbar machen, denn weder die Steinkohlengruben noch die Eisen- und Hüttenindustrie liegen dort. Um so fühlbarer ist dagegen die Abtrennung des räumlich so viel kleineren Gebietes um Leschen an Polen, weil nicht weniger als drei Viertel der bisherigen tschechischen Steinkohlenbergwerke zum Osttau-Karwiner Revier zählen und davon die am besten ausgestatteten, modernsten 18 Gruben an Polen abgetreten werden mußten, darunter die noch ausgesprochen deutsch bestimmten, dem Grafen Larisch-Mönnich gehörigen Karwiner Gruben mit ihrer wertvollen Kokskohle, ferner die riesigen Stahlwerke von Legniz u. a. m.

## Staatsangehörigkeits- und Optionsvertrag

Zwischen dem Deutschen Reich und der Tschecho-Slowakei wurde ein Vertrag zur Regelung der Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen geschlossen. Der Vertrag ist am 26. November d. J. in Kraft getreten. Die grundlegenden Bestimmungen lauten wie folgt:

§ 1. Diejenigen tschecho-slowakischen Staatsangehörigen, die am 10. Oktober 1938 ihren Wohnsitz in einer mit dem Deutschen Reich vereinigten Gemeinde gehabt haben, erwerben unter Verlust der tschecho-slowakischen Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 10. Oktober 1938 die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie a.) vor dem 1. Januar 1910 in dem mit dem Deutschen Reich vereinigten Gebiet geboren sind, oder b.) die deutsche Staatsangehörigkeit mit dem 10. Januar 1920 verloren haben, oder c.) Kinder

oder Enkelkinder einer Person sind, auf die die Voraussetzungen der Buchstaben a. und b. zutreffen, oder d.) Ehefrauen von Personen sind, auf die die Voraussetzungen der Buchstaben a., b. und c. zutreffen.

Tschecho-Slowakische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit, die am 10. Oktober 1938 ihren Wohnsitz außerhalb des früheren tschecho-slowakischen Staatsgebietes gehabt haben, erwerben unter Verlust der tschecho-slowakischen Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 10. Oktober 1938 die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie am 10. Oktober 1938 das Heimatrecht in einer mit dem Deutschen Reich vereinigten Gemeinde besessen haben.

<sup>18</sup>Em. <sup>19</sup>g i f e r a u - e r w i r b t . <sup>20</sup>v o n v e r l i s t e n . <sup>21</sup>E r a n n a h m e n g e h ö r i g k e i t . <sup>22</sup>i n d e r , <sup>23</sup>w e n n . <sup>24</sup>f i r , <sup>25</sup>E h e .  
mann nicht erwirbt.

§ 2. Die deutsche Regierung kann bis zum 10. Juli 1939 das Verlangen stellen, daß Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die nach den Bestimmungen dieses Vertrages tschecho-slowakische Staatsangehörige bleiben und seit dem 1. Januar 1910 in das mit dem Deutschen Reich vereinigte Gebiet gezogen sind, sowie ihre die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit besitzenden Abkömmlinge das Deutsche Reich innerhalb einer Frist von drei Monaten verlassen. Die tschecho-slowakische Regierung wird diese Personen in ihr Gebiet aufnehmen.

Die tschecho-slowakische Regierung kann bis zum 10. Januar 1939 das Verlangen stellen, daß Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages tschecho-slowakische Staatsangehörige sind und seit dem 1. Januar 1910 in das jetzige Gebiet der tschecho-slowakischen Republik zugezogen sind, sowie ihre Abkömmlinge die tschecho-slowakische Republik innerhalb einer Frist von drei Monaten verlassen. Diese Personen verlieren damit die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit. Die deutsche Regierung wird sie in ihr Gebiet aufnehmen. Dies gilt nicht für Personen, welche die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit nach dem 30. Januar 1933 erworben haben und bis zu dem genannten Zeitpunkt deutsche oder österreichische Staatsangehörige gewesen sind.

§ 3. Personen nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die nach den Bestimmungen des § 1 die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, können bis zum 29. März 1939 für die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit optieren.

§ 4. Deutsche Volkszugehörige, die tschecho-slowakische Staatsangehörige bleiben, können bis zum 29. März 1939 für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren. Dies gilt nicht für Personen, welche die tschecho-slowakische Staatsangehörigkeit nach dem 30. Januar 1933 erworben haben und bis zu dem genannten Zeitpunkt deutsche oder österreichische Staatsangehörige gewesen sind.

§ 9. Zur Abgabe der Optionserklärung ist berechtigt, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Eine Ehefrau kann nicht selbständig optieren; die Option des Ehemannes wirkt für die Ehefrau. Dies gilt nicht, wenn die eheliche Gemeinschaft gerichtlich aufgehoben ist. Für Personen unter 18 Jahren, für Minderjährige von mehr als 18 Jahren, bei denen die Voraussetzungen für ihre Entmündigung vorliegen, sowie für solche Personen, die entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft (Obsorge) gestellt sind, wird die Option durch ihren gesetzlichen Vertreter ausgeübt, auch wenn dieser selbst nicht optionsberechtigt ist.

§ 10. Eine Option kann nicht zurückgenommen werden.

§ 11. Im Sinne dieses Vertrages gilt als Wohnsitz einer Person der Ort, an dem sie sich in der Absicht niedergelassen hat, sich dort dauernd aufzuhalten. Hat eine Person mehr als einen Wohnsitz, so ist der Ort maßgebend, den sie als ihren Wohnsitz bezeichnet.

§ 12. Personen, die das Gebiet des Deutschen Reiches oder der Tschecho-Slowakischen Republik verlassen müssen, weil dieses Verlangen auf Grund des § 2 gestellt worden ist, sowie Optanten, die bis zum 31. März 1940 ihren Wohnsitz in denjenigen Staat verlegen, für den sie optiert haben, dürfen das gesamte bewegliche Gut, das sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages besessen haben, mitnehmen und brauchen keine Abgaben hierfür zu entrichten. Ausgenommen hiervon sind bares Geld, Wertpapiere und Sammlungen, die für das Ausfuhrland von besonderer historischer oder kultureller Bedeutung sind. Die Behandlung dieser Sachen bleibt einer besonderen Vereinbarung vorbehalten.

§ 13. Zur Prüfung und Behandlung aller Fragen, die sich bei der Durchführung dieses Vertrages ergeben, wird ein gemischter Ausschuß gebildet, in den jede der beiden Parteien eine gleiche Zahl von Vertretern entsendet. Diesem Ausschuß obliegt insbesondere: 1. die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Erleichterung des Austausches der Bevölkerung sowie die Klärung der grundsätzlichen Fragen, die sich aus diesem Austausch ergeben, 2. die Prüfung von Zweifeln über Staatsangehörigkeitsfragen.

## „Vater der polnischen Publizistik“

Nicht alle, die eine deutsche Zeitung zur Hand nehmen, werden wissen, daß das deutsche Zeitungswesen in Polen bereits auf eine fast zweihundertjährige Vergangenheit blicken kann. Und nicht jedem ist bewußt, daß den Ruhm, die polnische Publizistik gefördert und bahnbrechend auf diesem Gebiet gewirkt zu haben, ein Deutscher für sich in Anspruch nehmen kann. Es ist Lorenz Nizler von Kolof, ein Sachse, der 1743 als Erzieher der Söhne des Kronkanzlers Malachowski nach Polen kam und hier eine rege Tätigkeit als Pädagoge, Musiker, Philosoph und Kunstkritiker entfaltete.

Zeitungen waren in Polen allerdings schon etwa um die Mitte des 17. Jahrhunderts erschienen, so 1661 der „Mercurius“ in Krakau, der später nach Warschau übersiedelte, 1729 die „Nowiny polskie“ und andere, teils von den Jesuiten, teils den Pietisten redigierte Blätter. Die entscheidendsten Anregungen erhielt aber das polnische Zeitungswesen doch erst durch die deutschen Zeitungen, von denen die erste die 1753 gegründete „Warschauer Bibliothek“ war. Im Jahre 1757 erschien bereits das zweite deutschsprachige Organ, die „Warschauer Zeitungen“, denen allerdings keine allzu lange Lebensdauer beschieden war, und endlich 1761 die Zeitschrift „Der Ratgeber, ein moralisches Wochenblatt“, die Georg Behrendt zum Herausgeber hatte.

Schon allein die Tatsache, daß eine Zeitschrift in deutscher Sprache herausgegeben wurde, läßt erkennen, daß Deutsche damals recht zahlreich in Polen und vor allem in Warschau waren (was insofern die Bindungen Polens mit Sachsen ja auch verständlich erscheint), weiter, daß die deutsche Sprache in Polen eine recht weite Ausbreitung gefunden hatte. Nizler selbst sagte in seiner Zeitschrift, daß „die Gelehrten in Pohlen fast alle deutsch verstehen, wie auch die Ausländer, so für anderen einen Zusammenhang mit Pohlen haben und die deutsche Sprache sich viel besser zur Erreichung unserer Absicht schickt als die lateinische, von der polnischen als einer unter den Ausländern sehr unbekannte Mundart nicht zu gedenken . . .“ Sie ist aber auch weiter ein Beweis für die nachbarlichen Beziehungen, die Deutsche und Polen zueinander unterhielten, andernfalls ja eine Zeitschrift dieser Prägung weder Zweck noch Sinn gehabt hätte.

Lorenz Nizler von Kolof (geboren am 25. Juni 1711 zu Wettelsheim im Herzogtum Ansbach) wurde im Jahre 1743 durch den Kanzler Johann Malachowski nach Polen berufen. Bereits vorher hatte er sich durch philosophische Abhandlungen, Dichtungen und musikwissenschaftliche Werke hervor getan, so hatte er u. a. eine „Musikalische Bibliothek“ herausgegeben, worin er sich über verschiedene musikwissenschaftliche Probleme mit einem der größten Musikkennner jener Tage, Johann Mattheson, auseinandersetzte. Auf dem Gut des Kronkanzlers fuhr er nun in seinen Studien fort. Aber Nizler war ein viel zu beweglicher Geist, um sich auf ein Gebiet zu beschränken. Er erfand einen Universalwunderbalsam, über den er eine Dissertation schrieb, wofür ihm 1747 die medizinische Doktorwürde verliehen wurde. 1749 verließ er Malachowski und begab sich nach Warschau, wo er bald den Ruf eines der bedeutendsten Ärzte erlangte. Nebenbei trieb er literarische Studien und begann sich vor allem für das polnische Schrifttum zu interessieren. Das Ergebnis dieser Studien war die Gründung der genannten „Warschauer Bibliothek“, der ersten literarischen Zeitschrift in Polen, die im Jahre 1753 das Licht der Welt erblickte. Alle zwei Monate sollte ein Heft der „Bibliothek“ erscheinen, das Heft zu sechs Bogen mit etwa 6 bis 8 Aufsätzen. Das Material dazu erhielt Nizler durch die Zaluski-Bibliothek, aus der er nicht nur Drucke, sondern auch Handschriften benutzte. Da sich Schwierigkeiten bei der Bearbeitung zeitgenössischer Literatur ergaben, wandte er sich an alle Druckereileiter im Lande mit der Bitte, ein Exemplar aller Neudrucke an die Zaluski-Bibliothek einzusenden. Damit leitete

Mißler in Polen das später allgemein übliche Verfahren der Abgabe von Pflichtexemplaren ein.

In seiner Zeitschrift ließ er sich nun über „pohlische gelehrte Neuigkeiten“ aus, zu denen er eingehend Stellung nahm. Wo es sich um eine literarische Kritik handelte, fiel sein Urteil ziemlich farblos aus. Dafür wußte er aber, wo es um das Wohl der Nation ging, rücksichtslos Fehler aufzudecken und zu tadeln (wofür er denn auch Vermahnungen einsteckte!). So bewertete er sich z. B. über die „ungemeine Nachlässigkeit der Pohlen in Bekanntmachung ihrer Schriften“, oder er machte ihnen den Vorwurf, „daß sie die Wahrheit nicht vertragen könnten und die redlichsten Skribenten zu Sklaven machten“. Verständlicherweise machte sich Mißler durch derartige Freizeiten unbeliebt, aber demgegenüber stellte er stolz den Grundsatz: „Im Reich der Wissenschaften gehe die Wahrheit über alles, wo kann sich also ein redlicher Skribent überwinden, solche nicht zu bekennen, und zum Nutzen der jetzigen und der Nachwelt zu wahren. Niemand lasse sich also in Zukunft befremden, wenn wir ferner zur Beförderung des Guten die Wahrheit ohngeschont schreiben werden. Die Wahrheit soll unsern Kiel führen und die Bescheidenheit soll den Ausdruck an die Hand geben“.

Wie nicht anders zu erwarten, ging diese unbequeme Zeitschrift bald ein. Uebrigens war das Gebiet der trockenen Wissenschaften (neben Naturwissenschaften und Medizin berücksichtigte die „Warschauer Bibliothek“ am meisten die Geschichte Polens) wohl nicht allzu beliebt und so tat Mißler dann den bezeichnenden Ausspruch, daß „melius esse in Polonia tacere quam scribere“ (daß es in Polen besser ist zu schweigen als zu schreiben). Doch schon 1755 erschienen anstelle der eingegangenen Zeitschrift die „Acta litteraria Regni Poloniae, M. d. Lituaniae“ und als auch diese nicht prosperierten, die „Neue ökonomische und gelehrte Anzeigen“ in polnischer Sprache. In den Anzeigen wurden gut durchdachte und die ersten vernünftigen Vorschläge zur Hebung von Handel und Gewerbe in Polen, zur Reinigung von versumpften und verkrauteten Teichen, ferner Uebersetzungen ausländischer Wirtschaftslektüre u. a. m. gebracht. Diese Lat Mißlers ist deshalb als bahnbrechend zu werten, weil (wie Dr. Lück in seinem Buch „Deutsche Aufbautkräfte in der Entwicklung Polens“ sagt) die herrschende Klasse in Polen damals in wirtschaftlichen Dingen in völliger Ahnungslosigkeit verharrte. Den geringen Erfolg auch dieser Zeitschrift nennt der polnische Forscher Czarnowski ein charakteristisches „signum temporis“. Jedenfalls hat Mißlers Werk bahnbrechend gewirkt und so der Reform und dem Fortschritt in Polen zum Durchbruch verholfen. Nicht umsonst hat man ihn, den Herausgeber der ersten literarischen und wissenschaftlichen Zeitschrift, als den Vater der polnischen Publizistik bezeichnet. Um so höher ist aber das Verdienst Mißlers zu werten, als er sämtliche Mittel, die zum Druck seiner Schriften nötig waren, selbst aufbrachte.

Es ist bezeichnend für diesen Deutschen, daß er trotz vieler Fehlschläge nicht den Mut sinken ließ und sich als unternehmender Drucker und großzügiger Herausgeber versuchte. Er verhalf nicht wenigen polnischen Autoren zur Veröffentlichung ihrer Werke und das in einer Epoche, in der es schlimm um die Publizierung jeglicher Schriften in Polen bestellt war. Im Jahre 1765 erschien die erste Nummer einer polnischen moralischen Wochenschrift, der „Monitor“, die zu den wenigen Zeitschriften gehört, die sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren halten konnten. Herausgeber war der königliche Rat Franz Bohomolec, gedruckt wurde sie bei Mißler. Mißler selbst übersehte die ersten beiden Bände ins Deutsche, um, wie es in der Vorrede hieß, „Polen in Deutschland bekannt zu machen“. Weitere Wochenschriften folgten. Mißler starb als Hofrat und Hofmedikus des Königs Poniatowski.

Mißler war nicht der erste Deutsche, der Polen in den Bereich der Forschung und des allgemeinen Interesses und Wissens zog; vor ihm hatte bereits Johann Pristorius die erste Sammlung polnischer Geschichtsquellen herausgebracht (1582), andere hatten nicht minder gut vorgearbeitet. Aber Mißlers Verdienst ist es, polnischem Schrifttum den Weg nach außen geebnet zu haben. So ist sicher nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß es erst der uneigennütigen Tätigkeit der Deutschen bedurfte, um polnisches Geistesleben in Europa einigermaßen zu Ehren zu bringen. Weder Franzosen, Italiener noch die Polen selbst haben dazu die Hand gehoben, ja, waren dazu überhaupt imstande. Mißler war einer von jenen Deutschen, die redlichen Anteil an der Erschließung Polens hatten.

Lieso Stein.

## Zwei deutsche Vertreter im Senat

Nach Artikel 13 der Verfassung der Republik Polen wird ein Drittel der Mitglieder des Senates vom Staatspräsident ernannt. Demgemäß hat Staatspräsident Moscicki den am 13. November gewählten Senat durch die Ernennung von 32 Senatoren ergänzt. Unter den Ernannten befinden sich 4 Regierungsmitglieder, und zwar der Justizminister Witold Grabowski, der Postminister Emil Kalinski, der Handelsminister Antoni Roman und der Unterrichtsminister Wojciech Swietoslowski. Weiter wurden u. a. in den Senat berufen der bei den Wahlen durchgefallene Oberst Niedziński, der ehemalige Ministerpräsident Prof. Barcel, der ehemalige Vörschafter Bysoki, der ehemalige Vörschende des Bundes der Polen in der Tschecho-Slowakei und jetzige Starost von Freistadt, Dr. Wolf, der ehemalige Vörschafter Patel, der Vörschende des Verbandes der Unteroffizier der Reserve, Sakubowski, der ehemalige Sejmabgeordnete Dabki, der Krakauer Probst Machay (der sich in letzter Zeit stark für die Losreißung der Zipa von der Slowakei eingesetzt hat), der General Dsinski uam. Unter den Ernannten befindet sich auch der Wilnaer Rabbiner Jsaak Rubinsztein. Ferner wurden zwei Ukrainer ernannt. Die deutsche Volksgruppe ist, wie bisher, durch zwei Sprecher im Senat vertreten. Und zwar wurden ernannt der Vörschende des Rates der Deutschen in Polen Ervin Hasbach, der schon bisher dem Senat angehört hat, und der Landwirt Mag Wambek-Kogasen. Der Landesleiter der Jungdeutschen Partei, Ingenieur Wiesner, der bisher dem Senat angehört hat, ist also nicht wieder ernannt worden. Ingenieur Wiesner hat im Senat eine durch eine wirksame Pressepropaganda unterstützte Aktivität entfaltet. Diese ist der polnischen Regierung offenbar auf die Nerven gegangen.

## Nürnbergger Gesetze in Danzig

Am 23. November trat in Danzig eine Verordnung des Senates zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre in Kraft. Durch diese Verordnung werden die Bestimmungen der Nürnbergger Gesetze auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgedehnt. Danach sind Eheschließungen

zwischen Juden und Danziger Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes und staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternanteil haben, verboten. Entgegen diesem Verbot geschlossene Ehen sind nichtig. Staatsangehörige jüdische Mischlinge mit zwei volljüdischen Großelternanteilen bedürfen zur Eheschließung mit Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes oder mit staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternanteil haben, der Genehmigung des Senates. Ehen zwischen staatsangehörigen jüdischen Mischlingen mit einem volljüdischen Großelternanteil sollen nicht geschlossen werden. Die Verordnung sieht Ehetauglichkeitszeugnisse vor. Befehl einer der Verlobten eine fremde Staatsangehörigkeit, so ist die Entscheidung des Senates einzubolen, bevor das Aufgebot wegen der erwähnten Ehehindernisse verfaßt wird. Außerordentlicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten. Verboten ist auch der außerordentliche Verkehr zwischen Juden und staatsangehörigen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Elternanteil haben. In jüdischen Haushalten dürfen keine weiblichen Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren beschäftigt werden. Juden ist das Führen der Staatsflagge und das Zeigen der Hakenkreuzflagge verboten. Juden haben kein Stimmrecht in öffentlichen Angelegenheiten. Sie können ein öffentliches Amt nicht bekleiden. Die Vorschriften der Verordnung gelten auch für die Staatenlosen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Danziger Staatsgebiet haben. Uebertretungen werden mit Gefängnis- oder Zuchthausstrafen bestraft. Die Strafverfolgung eines fremden Staatsangehörigen bedarf der Genehmigung des Senates.

## Entlassen, ausgewiesen, verurteilt

In Dderberg wurden sämtliche deutschen Angestellten und Arbeitern der Delcastaffinerie „Odra“ zum 31. Dezember d. J. gekündigt. Zum selben Termin wurde 50 deutschen Angestellten und 100 deutschen Arbeitern des Röhrmwerkes Albert Hahn in Dderberg gekündigt. — Pastor D. Kleindienst in Luck ist mit Wirkung vom 1. Dezember aus Wolhynien ausgewiesen worden. Damit ist ein um die deutsche Volksgruppe dieses Gebietes hochverdienter Mann, dessen

Familie seit Generationen in Wolhynien ansässig ist, aus seiner Heimat verdrängt worden. Alle beim Evangelischen Kirchenkonsistorium in Warschau und beim Kultusministerium von D. Kleindienst erhobenen Einsprüche gegen die gegen ihn ergriffenen Maßnahmen sind entweder abgelehnt worden oder unbeantwortet geblieben. — Ein schwerer polnischer Gewaltakt, der sich am 5. Juni d. J. in Groß-Rogau im Kreise Thorn ereignet hatte, hat jetzt seine gerichtliche Cühne gefunden. 6 Angeklagte sind zu je 1½ Jahren Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt worden. Die damaligen Ereignisse hatten sich wie folgt abgespielt: Eine große Gruppe von Polen, die mit Messern, Gummiknüppeln, Zaunlatten usw. bewaffnet waren, fielen, nachdem es schon vorher zu Reibungen gekommen war, über die an einem Feuerwehrbezugnen teilnehmenden Deutschen her. Die Deutschen versuchten, sich vor den Banditen in das nahe gelegene Gehöft des deutschen Bauern Hermann Trentel zu retten. Die Polen drangen in den Hof ein, zerbrachen den Zaun und eröffneten ein Steinbombardement auf das Wohnhaus. Zahlreiche Deutsche wurden bei diesem Ueberfall verletzt, darunter mehrere schwer. So wurde dem Bauern Trentel das rechte Auge ausgeschlagen. Nachdem die Polen etwa anderthalb Stunden lang in dem deutschen Bauernhof gewütet hatten, zogen sie in die Wirtschaft des deutschen Gastwirts Raß und raubten sie vollständig aus. — Der Reisebeamte der „Eltershilfe“ der Deutschen Vereinigung, Lehrer Willy Kubach, wurde vom Bezirksgericht in Ostrow wegen Erteilung „illegalen Deutschunterrichts“ zu 300 Floty Geldstrafe und 14 Tagen Haft verurteilt. Bei einer Haussuchung wurden in der Wohnung Kubachs einige deutsche Rechtschreibbücher und Kinderspiele beschlagnahmt. Kubach hatte im Auftrag der „Eltershilfe“ der Eltern derjenigen deutschen Kinder, die zum Besuch polnischer Schulen gezwungen sind, Anweisungen für die Unterrichtung ihrer Kinder in der deutschen Sprache gegeben. — In Blütenau im Kreise Mogilno haben sich in letzter Zeit mehrere deutschfeindliche Vorfälle ereignet. Unbekannte Täter haben auf dem evangelischen Friedhof die Grabstätte der deutschen Familie Drewo verunstaltet; am Kolonial- und Eisenwarengeschäft der Firma Drewo sowie am Hause des deutschen Pastors Joachim Komble wurden mehrmals die Fensterschei-

bene eingeworfen. — Ein Elternabend, den die Wanderguppe am Schiller-Gymnasium in Posen am 28. November veranstalten wollte, hat infolge eines behördlichen Verbotes nicht durchgeführt werden können.

### Langsame Fortschritte der Motorisierung Polens

Anfang 1928 hat es in ganz Polen 25 656 Kraftfahrzeuge aller Art (ohne Wehrmacht) gegeben. Bis 1931 ist deren Zahl auf 47 331 gestiegen. Dann hat eine Periode der Demotorisierung eingesetzt. Sie hat bis 1936 ange dauert; der Kraftfahrzeugbestand Polens hat damals 34 129 betragen. Seitdem ist die Kurve wieder langsam im Ansteigen begriffen, so daß gegenwärtig mit etwa 54 000 Kraftfahrzeugen der höchste bisher zu verzeichnende Stand erreicht worden ist (1 Kraftfahrzeug auf 760 Bewohner). Dieser Zunahme der Fahrzeuge haben verschiedene Maßnahmen der Regierung die Wege geebnet. Den Autokäufern sind gewisse Steuererleichterungen gewährt worden. Die Finanzämter sind darüber belehrt worden, daß Autobesitz kein Luxus ist und kein Grund sein soll, die Betroffenen bei der Steuerveranlagung besonders scharf anzufassen. Die staatliche Monopolisierung der Kraftwagenherzeugung ist eingedämmt worden, insofern als wenigstens die Automontage an Privatunternehmungen freigegeben worden ist. Die Treibstoffpreise sind etwas ermäßigt und die Autopreise um ein geringes herabgesetzt worden. Die Vorschriften über Kraftwagenregistrierung, Autolenkprüfungen und technische Wagenkontrollen sind gelockert worden. Uam. Die 54 000 Kraftwagen sind, so heißt es in einem Artikel im „Oberschlesischen Kurier“, auch wenn man den wahren Bedarf Polens mit nur 800 000 Stück einschätzt, eine Position, die kaum als befriedigend angesehen werden kann. Zudem besteht der bisherige Zuwachs Polens an Kraftwagen nur zu kaum 50 v. H. in nur teilweise inländischer Produktion, oder besser gesagt Montage, da ja der ganze große Rest durch den Import gedeckt wird. Angesichts der Tatsache, daß Polen in seiner Motorisierungspolitik durchaus noch vom Auslande abhängig ist, stellen führende polnische Blätter die These auf, Polen wäre eigentlich eine Kolonie anderer motorisierter Länder, ein Zustand, in dem

man eine große Gefahr für den Kriegsfall erblicken müsse. Zugleich seien, abgesehen von den noch immer allzu hohen Anschaffungspreisen, die Unterhaltungskosten des Kraftfahrzeuges um durchschnittlich 26 v. H. höher als im Ausland.

### Bluff um den Volkswagen

In einer Reihe polnischer Blätter sind vor einiger Zeit etwas voreilig Nachrichten über die bevorstehende Inangriffnahme der Produktion eines polnischen Volkswagens veröffentlicht worden. Diesen, z. T. auch von der ausländischen Presse aufgegriffenen Nachrichten zufolge sollte es einem polnischen Ingenieur namens Diton Kuczora gelungen sein, einen Volkswagen zum Preise von 2 500 bis 3 000 Ploty zu konstruieren, dessen Herstellung einem in Bromberg bzw. in Sandomierz Industriegebiet zu errichtenden Werk anvertraut werden sollte. Jetzt ist die Ankündigung dieses „amerikanischen Fachmannes der Autoindustrie“ als ein groß angelegter Bluff aufgedeckt worden. Bei Kuczora handelt es sich um einen Mann, der der Berliner Polizei seit Jahren als ein gerissener Betrüger bekannt ist. Er ist vor Jahren wegen einiger betrügerischer Unternehmungen in Konflikt mit den deutschen Behörden geraten und unter Verzicht auf eine Kaution von 30 000 RM. vor der ihm drohenden Strafe ins Ausland geflüchtet, zuerst nach Polen und dann, vermutlich wegen neuer Betrügereien, in die Vereinigten Staaten. Von dort ist er nach Bekanntgabe der letzten Amnestie nach Polen zurückgekehrt und hat unter Ausnutzung der starken Beachtung, die der deutsche KdF-Wagen in der polnischen Öffentlichkeit findet, mit seinem Volkswagenschwindel begonnen. Ein polnisches Witzblatt hat den polnischen „Volkswagen“ Kuczoras in folgender Weise karikiert: ein Leiterwagen mit einer Petroleumlampe als Reflektor, mit einer Zynstoffflasche als Benzintank und mit Peitschenzündung rollt in raschem Tempo bergab.

### Die Deutschen in der Slowakei

Am 28. November gab der slowakische Ministerpräsident Dr. Liso dem Staatssekretär und Führer der deutschen Volksgruppe in der Slowakei, Karmasja, gegenüber folgende Erklärung ab: „Wir haben den Wunsch, der befreundeten deutschen Volksgruppe in der Slowakei diejenige Stellung zu geben, die nach den modernen Anschauungen und in Übereinstimmung mit den praktischen Möglichkeiten

verlangt werden kann. Die absolute Freiheit des Bekenntnisses zum Volkstum, der Bestand einer eigenen, nach nationalsozialistischen Grundsätzen aufgebauten Volksorganisation, der Gebrauch aller Zeichen und Symbole, die ihnen ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk und seiner Weltanschauung versinnbildlichen, ist und bleibt allen deutschen Bürgern unseres Staates gesichert. Wir wissen, daß alle politische Loyalität hier ihre Wurzel hat, und wir sind deshalb im eigenen Interesse entschlossen, Bekenntnisfreiheit unter allen Umständen zu sichern. Die Regierung denkt auch daran, den Interessen der deutschen Volksgruppe auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung dadurch Rechnung zu tragen, daß grundsätzlich in den überwiegend von Deutschen bewohnten Gebieten deutsche Beamte Verwendung finden. Hand in Hand damit muß die Sprachenfrage geregelt werden. Alle diese Fragen können durch die engste Fühlungnahme zwischen uns und den Deutschen geregelt werden.“

### Der litauische Westverband

Wie an anderer Stelle berichtet, ist der Verband zur Befreiung des Wilnagebietes vom litauischen Innenminister aufgelöst worden. In diesem Zusammenhang weist die „Preussische Zeitung“ am 28. November d. J. mit Recht darauf hin, daß durch dieses Auflösungsdekret auch die Frage des litauischen Westverbandes berührt wird: Noch immer existiert der ebenso unzeitgemäße Westverband „Bakaru Sajunga“. Auch seine offiziellen Ziele und Verlautbarungen entbehren, sogar noch mehr als die des Wilnaverbandes, jeder realpolitischen Vernunft. Der Westverband pflegt die Ideologie des chauvinistischen Größenwahns, die ihre beghehlichen Blicke nicht nur auf das Memelgebiet sondern sogar auf Ostpreußen richtet. Äußerungen, daß „Vytpružen duot“ die (natürlich erfundene) Verwandtschaft der alten Pruzen mit den Litauern zum Gebiet des litauischen Volkstums gehöre, hat man noch in diesem Jahre vernehmen können. Weder die Welt noch Deutschland haben davon Notiz genommen. Trotzdem darf man die Tätigkeit des „Bakaru Sajunga“ nicht unterschätzen. Sein geistiger Führer, Sidzikauskas, hat 1931 als litauischer Delegierter vor dem Völkerbund erklärt, die Autonomie des Memelgebietes stelle nur einen Uebergang

dar. Das Ziel des von der Kauner Regierung geföhrerten Westverbandes ist also die Ausschaltung und Beseitigung des Memeldeutschturns und die vollständige Einverleibung des Memelgebietes in das Gebiet des litauischen Staates. Mag dieser fromme Wunsch im Jahre 1938 auch ebensowenig erfüllbar sein wie die nun zu Grabe getragenen Hoffnungen des Wilna-verbundes, so muß das ungeschinderte Weiterbestehen des Westverbandes in Deutschland doch ähnliche Empfindungen

hervorrufen, wie sie Polen gegenüber der Wilnapropaganda haben mußte. Ueber die deutsche Zukunft des Memelgebietes gibt es keine Diskussionen mehr. Die zwischstaatlichen Beziehungen zwischen dem Reich und Litauen aber, an deren fortschreitender Verbesserung die Kauner Regierung mindestens ebenso interessiert ist wie die Reichsregierung, könnten durch eine Auflösung des Westverbandes von einer schweren und absolut unnötigen Belastung befreit werden.

## Bücher über den Osten

**Sudetendeutsches Schlesiensland.** Bilder von Land und Leuten, von Not und Kampf. Zusammengestellt von Heinz Rogmann. Herausgeber: Landesgruppenleiter Schlesiens des Bundes Deutscher Osten, Alfred Hartlieb, Breslau 1938. Preis 1,— RM. — Das Heft enthält 57 Bilder und einige Kartenskizzen. Sie zeigen Städte und Landschaften desjenigen Teiles des Sudetenslandes, der zum schlesischen Stammesgebiet gehört: aus dem schon bis 1918 zum Reich gehörenden Hultschiner Ländchen, aus dem jetzt an Polen gefallenem Oberberger Land, aus dem Troppauer Gebiet und dem Kuhländchen, aus der bei der Tschcho-Elonakei verbliebenen Olmüger Sprachinsel, aus dem Schönbengstgau und dem Adlberggebirge, aus dem Braunauer Winkel, dem Kiefen- und Isergebirge bis hinauf nach Reichenberg, der heutigen Hauptstadt des Baus Sudetenland. Ueberall tritt der deutsche Charakter des Landes, das mit dem stammesgleichen preußischen Schlesien durch die Gebirge mehr verbunden als getrennt wird, in Erscheinung. Der die Bilder begleitende Text hebt in wenigen Worten das Wesentliche hervor. Eine Einleitung hebt die Tatsache der völkisch und wirtschaftlich gleichen Struktur des Landes zu beiden Seiten der Sudeten hervor. Ein Anhang stellt die Haupttatsachen über Raum, Bevölkerung und Wirtschaft fest.

Dr. R.

**Sudetendeutschland kehrt heim.** Dokumente aus 90 Jahren. Zusammengestellt von Walter Kappe. Sonderdruck aus „Deutschtum im Ausland“, Deutsches Auslands-Institut, Stuttgart 1938. — An Hand von Dokumenten wird der Kampf der Sudetendeutschen um ihr völkisches Lebensrecht dargestellt. Einige Beispiele aus der Zeit des Völketrübungs und aus der Zeit des deutschen Zusammenbruchs stellen die Verbindung zur Vergangenheit her. Es folgen dann u. a. die Staatsrechtliche Erklärung der deutschen Abgeordneten des Prager Parlaments vom 9. Juni 1920, der Aufruf Konrad Henleins zur Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront“, ein Auszug aus der Reichstagsrede des Führers vom 20. Januar 1938, das Karlsbader Programm vom 24. April 1938, ein Auszug aus

der Rede des Führers auf dem Parteitag vom 12. September 1938, der Aufruf Konrad Henleins „Heim ins Reich!“, ein Auszug aus der Führerrede im Sportpalast vom 28. September 1938, der Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 usw. In diesen Dokumenten von weltgeschichtlicher Bedeutung sind die Hauptetappen der sudetendeutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte zusammengefaßt. Einige Bilder von den letzten Kottagen des Sudetendeutschturns und von den Lagen seiner Befreiung sind beigefügt.

Dr. R.

**Der Kampf um Böhmisches-Ruß.** Zwei Erzählungen. Von Wilhelm Pleyer. Verlag Albert Langen/Georg Müller, München 1938. 58 Seiten. Preis 0,80 RM. — Kameradschafts- und Gemeinschaftsfinn im Volkstumskampf — das ist das Thema dieser beiden Erzählungen des bekannten sudetendeutschen Dichters. Die eine Erzählung spielt unmittelbar nach Kriegsende im Braunauer Land. Damals haben die deutschen Bewohner dieses Winkels zeitweilig einige Aussicht gehabt, sich im Austausch gegen ein anderes Gebiet in die Sicherheit des Reiches zu retten; sie haben diese Veruchung von sich gewiesen, weil sie sich den sudetendeutschen Schicksalsgenossen verpflichtet fühlten. Vom Kampf eines kleinen deutschen Dorfes in Böhmen handelt die zweite Erzählung. Selbsthilfe und Gemeinschaftsgeist halten fremdes Volkstum von diesem uralten Etick deutschen Bodens fern. Im Opfer für das Dorf und die junge lebensstarke Generation findet der Bauer Thoma Mulzer die Erfüllung seines Lebens.

Dr. R.

**Der deutsche Bauer im Baltikum.** Von Rudolf Schulz. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte eines deutschen Bauernstandes im Baltikum. Volk und Reich Verlag, Berlin 1938. 148 Seiten mit einer Karte. Preis kartoniert 4,— RM. — Schulz behandelt ein noch wenig bekanntes Thema. Es hat bisher noch keine zusammenhängende Darstellung der Veruche gegeben, dem deutschen Baltikum, das eine adlig-bürgerliche Herrenschicht über fremden Volkstümern gebildet hat, den sozio-

logischen Unterbau eines kräftigen Bauerntums zu geben. Die Dringlichkeit dieses Problems ist einigen weitblickenden baltischen Grundherren unter dem Eindruck des blutigen lettisch-estnischen Aufstandes von 1905 zu Bewußtsein gekommen. Führend sind in dieser Hinsicht vor allem Baron Manteuffel-Szoege und Silvio Broedrich gewesen. Im Laufe weniger Jahre ist es ihnen gelungen, deutsche Kolonisten aus Wolhynien und dem Wolgagebiet als Knechte oder Pächter oder Eigentümer in beträchtlicher Zahl im Baltikum anzusetzen. In der Hafenpothor und der Goldinger Gegend sind damals verhältnismäßig geschlossene deutsche Bauerngebiete entstanden. Es hat naturgemäß manche Rüd- und Fehlschläge gegeben, die die anderen deutschen Grundbesitzer davon abgehalten haben, dem Beispiel der Genannten zu folgen. Ein endgültiger Erfolg ist dem Versuch nicht beschieden gewesen. Dageg. ist, der. Verein, und nach ihm der Zusammenbruch zu früh gekommen. Diesen haben die deutschen Bauern, die nach 1905 im westlichen Kurland und im nordöstlichen Livland angelegt worden sind, nur zum geringen Teil überstanden. Schulz untersucht in seinem Buch zunächst die bevölkerungspolitischen, agrarwirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen der deutschen Bauernkolonisation im Baltikum. Dann behandelt er eingehend die verschiedenen Siedlungsmethoden, beschreibt ihre Erfolge und prüft ihre Mängel. Schließlich gibt er eine Darstellung dessen, was unter den neuen staatlichen Verhältnissen von den damaligen Unternehmungen sich zu behaupten vermocht hat. Ist es auch nur recht wenig geblieben, so verdient das Werk, das damals von einigen Deutschen gegen mancherlei Widerstände in Angriff genommen und mit Energie vorwärtsgetrieben worden ist, doch durchaus Anerkennung und Beachtung, und das um so mehr, als auch die Reste, die den Umstruktur überstanden haben, noch ausreichen, dem Neuaufbau des Deutschtums in den baltischen Ländern gewisse Anhaltspunkte zu geben.

Dr. R.  
Herausgeber Bund Deutscher Osten, Untergruppe Ostpreußen Süd, Allenstein. 192 Seiten. Preis 0,25 RM. — Dieser Kalender, der seit vielen Jahren erscheint, ist ein fester Bestandteil der deutschen Volkstumсарbeit im südlichen Ostpreußen geworden. Er ist für die bäuerliche Bevölkerung dieses Landes bestimmt, er spricht

über sie in seinen geschichtlichen oder landes- und volkstümlichen Beiträgen und zu ihr über das größere Deutschland in seinen Erzählungen und zeitgeschichtlichen Aufsätzen. Bekannte Sachkenner kommen in ihm zu Wort. In ihren Beiträgen über die alten Galdner und die germanischen Fürtengräber bei Pilgramsdorf schlagen Carl Engel und Bohnjak die Brücke zur germanischen Frühzeit Ostpreuens. Aus der Geschichte ostpreussischer Städte berichten Hermann Gollub und Johannes Jachau. Agnes Miegel, die bekannte ostpreussische Dichterin, gibt eine Schau der masurenischen Landschaft. Beachtung verdienen auch die Aufsätze von Walter Schlusius über die deutsche Volksüberlieferung am masurenischen Bauernhaus und über die masurenische Volkskunst im alten Handwerk, in denen der germanisch-deutsche Untergrund des masurenischen Brauchtums freigelegt wird. Von den Ostpreussischen, Wätern, Womnen, Wansowen, Buchholz, Erhart Lill, Frieda Strauß, Marg Wallach, Herta Ezeplach, Kilian Roll und Hedwig Bocawski mit Erzählungen und Gedichten zu Wort. Im ganzen bedeutet der Kalender — über seine nächstliegende Zweckbestimmung hinaus: den Deutschen Masuren ein Jahr hindurch ein treuer Begleiter zu sein, — eine erfreuliche Bereicherung der Literatur über das südliche Ostpreußen, seine Geschichte und seine Menschen. — Deutscher Heimatbote in Polen. Jahrbuch der Deutschen in Polen für 1939. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung (Schriftleitung: Kurt Lück), Verlag Kosmos, Polen. 162 Seiten. — Der Heimatbote erscheint im 18. Jahrgang. Abgesehen vom kalendariischen Teil zerfällt er in zwei Hauptteile. Der Teil „Erzählungen und Ueberlieferungen“ bringt Beiträge von Heple, Banet, Herma, Hointes, Jahn, Waslik, Patol, Baumann und Hermann Göring. Ueber Lebensfragen der deutschen Volkgruppe in Polen handelt der andere Teil. Hans Lohmert (Das Recht auf unsere Heimat), Kurt Lück (Die Polen in Deutschland und ihre Beziehungen zum Mutterland — siehe „Ostland“ Nr. 22/1938, Seite 494), Albert Brener (Die deutschen Dörfer der mittelpolnischen Weichselniederung), Alfred Kleindienst (Unsere gesamte Volksgruppe richtet ihren Blick nach Wolhynien) und andere, führend in der deutschen Volkstumsarbeit in Polen stehende Männer berichten über volkspolitische Segenwartfragen.

Dr. R.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Kantowstraße 3-3. — Hauptgeschäftsführer: Dr. Otto Reebel, Berlin-Friedrichshagen, Altkönig 2. — Druck: Verlags-Druckerei GmbH, Berlin-Friedrichshagen, Reichstraße 7. — Verantwortlich für Ausgaben: Kurt Haupt, Pläntchen 5, Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezugspreis jährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — P. B. W. g. — Alle Zeitschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin SW 30, Roßstr. 46 (Berneuf 25 09 14) zu richten.

**Wolf Herrmann, Inh.: Walther Schoenberg**  
Berlin-Charlottenburg 4, Leibnizstraße 60  
Gegründet 1877. Telefon: C 2, Charlottenburg 1948-51  
Telegr.-Adr.: Forstbetriebe

**Schwellen, Masten und Stangen, Schnittmaterial**

**Reichslosterie**  
für Arbeitsbeschaffung  
40 265 26 GEWINNE UND 200 PRÄMIEN  
**13/4 Millionen Mark**